

Arbeitsjournal

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrunnstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 8. Juni 1932

Nummer 46

Zur politischen und wirtschaftlichen Lage

Das offizielle Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, nimmt in Nr. 23 vom 4. Juni zu der am 30. Mai erfolgten Entlassung des Kabinetts Brüning durch den Reichspräsidenten und der gegenwärtigen Situation vom Standpunkt gewerkschaftlicher Realpolitik aus u. a. in folgender Weise Stellung:

Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Wendung gaben, heißt es, die vom Kabinett vorbereiteten Notverordnungen, denen auch die Möglichkeit der Enteignung nicht mehr fernliegendes Großgrundbesitzes zum Zweck der Gewinnung von Siedlungsland vorgezogen war. Dazu habe der Reichspräsident seine Zustimmung nicht geben wollen. In Wahrheit erfolgte der Rücktritt des Kabinetts nach dem Versuch des Kanzlers, mit dem Reichspräsidenten zu einer Verständigung über den politischen Kurs zu gelangen, der bis Laufanne zu Steuern und nach der Konferenz auf einigermaßen weite Sicht innezuhalten wäre. Diese Verständigung war nicht möglich. Als leitendes Motiv für die Entlassung des Kabinetts müßte somit der Wille des Reichspräsidenten angesehen werden, den Kurs zu verlassen, der durch den Namen Brüning gekennzeichnet war.

Die Art der Entlassung des Kabinetts wirft von neuem ein Licht auf die Eigenart der politischen Verhältnisse und der politischen Führung im Reich. Ein Kabinett, das in seinen Akten immerhin ein — wenn auch in negativer Form ausgesprochenes — Vertrauensvotum des Parlaments jüngsten Datums aufbewahren konnte, mußte jedoch vor der Vertrauensaufhebung des Reichspräsidenten Brüning war der Chef einer Regierung, die vom Reichstag nur noch die allgemeine Vollmacht zum Verbleiben in ihrer Stellung erhielt, während sie die gesetzgebende Gewalt nahezu in vollem Umfang absetzte vom Parlament, nur im vertrauten Zusammenwirken mit dem Reichspräsidenten, und gestützt auf dessen Macht, auszuüben vermochte. Vom Vertrauen des Reichspräsidenten war diese Regierung in höherem Grade abhängig als vom Vertrauen des Reichstags. Und das nur in der Form der Duldung gegebene zustimmende Votum des Parlaments fiel nicht mehr zu Gunsten der Regierung ins Gewicht, als das Vertrauen des Reichspräsidenten dem Kabinett verlorenging. Unter den konstitutionellen Kräften, die nach der Verfassung berufen sind, den Kurs der Reichspolitik durch Entscheidung über Sein oder Nichtsein der Regierung zu bestimmen, hatte sich eine Verlagerung der Macht vom Parlament hinweg in das Amtszimmer des Reichspräsidenten vollzogen. Unbestimmbare Gewalten und unkontrollierbare Strömungen machten und interessenpolitischer Art, deren Treiben im hellen Licht geordneter parlamentarischer Beratungen nicht hätte aufkommen können, konnten auf der Basis dieses Zustandes zu entscheidender Macht gelangen, sobald sie das Denken des Reichspräsidenten gefangen zu nehmen und sein Handeln zu bestimmen vermochten. Und diesen auf Schlechtes gehenden Einflüssen ist Brüning erlegen; die Großindustrie, die Großlandwirtschaft und wohl auch die Arme hatten, die Entscheidungen des Reichspräsidenten bestimmend, bei dem Sturz des Kabinetts Brüning ihre Hand im Spiel.

Und jetzt die alte Frage: Was nun? Daß sie auch nach der Bildung des neuen Kabinetts noch besteht, ist ein Kennzeichen der Lage, die durch Brünings Sturz geschaffen wurde. So unbestimmbar — mit dem Maßstab klarer parteipolitischer und parlamentarischer Verhältnisse gemessen — die Zukunft der Einflüsse ist, aus deren Wirken sich das Ende der Ära Brüning erklärt, so unklar ist das Bild der kommenden Dinge.

Es wäre völlig müßig, in diesem Augenblick Vermutungen über das zu produzieren, was gesehen kann, oder gar Voraussetzungen zu wagen über das, was kommen wird. Wir sind keine Sternendeuter. Die Gewerkschaften haben weder zur Freude noch zur Trauer Anlaß. Sie standen mit der Regierung Brüning nicht im Bunde. Sie haben die Politik der Duldung dieses Kabinetts durch die SPD. gebilligt, weil sie diese Politik als notwendige Folgerung aus dem Zwang der Lage anerkannten, die aus der Bedrohung, des republikanischen Reiches durch den Faschismus entstanden war. Aber sie haben dennoch der Wirtschaft- und Sozialpolitik der alten Regierung stets kritisch, ja ablehnend gegenübergestanden; sie waren unermüdet bestrebt, dieser Politik durch die entschiedene Vertretung ihrer Forderungen

eine andre Richtung zu geben. Und die Gewerkschaften werden ihren Weg unbeirrt fortsetzen. Sie werden ihre sozialpolitischen, lohnpolitischen, wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Gedanken jeder andern Regierung gegenüber mit gewohnter Überzeugungstreue vertreten, und sie werden es verstehen, ihren Forderungen mit den ihnen besten eignen Mitteln öffentlichen Wirkens Nachdruck zu verleihen. Sie haben die Politik der Duldung Brünings anerkannt als eine Methode zur Verteidigung der demokratischen und sozialrechtlichen Grundzüge der Weimarer Verfassung. Sie werden zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung andre Methoden wählen, wenn eine Veränderung in der Frontordnung der Gegner einen solchen Wechsel der Kampf-methode gebietet!

Die entlassene Verteidigung der grundsätzlichen und materiellen Rechte der Arbeiterschaft wird, wenn nicht alles täuscht, eine Aufgabe sein, die die Gewerkschaften in den kommenden Monaten vollumfänglich in Anspruch nehmen dürfte. Wir sehen keinerlei Anlaß, phantastische Vorstellungen von völlig chaotischen Zuständen zu hegen und zu nähren. Aber wir müssen auch der Erfahrung eingedenk sein, daß eine Steigerung der politischen Ungewißheit in den letzten Jahren stets nachteilige Wirkungen für die Betriebsamkeit der Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt und für die Staatsfinanzen zur Folge hatte. Wiederholt sich diese Erfahrung nun abermals, dann wird damit auch die andre bekräftigt, die Erfahrung, daß auch die Arbeiterschaft inmitten aller Zerfahrenheit nur noch einen Halt ihr eigen nennt: ihre Organisationen. Dem Wirken dieser Organisationen werden sich neue Schwierigkeiten entgegenkirmen. Aber die deutschen Gewerkschaften werden jeder Aufgabe, die ein widriges Schicksal ihnen stellt, gewachsen sein, wenn ihnen der Opfermut, der Tatwille, die Treue und die aus Einsicht geborene Disziplin weiterhin zur Verfügung stehen, die ihre Mitglieder, in den schweren Jahren der Krise in so bewundernswürdigem Maße bewiesen haben. Und dessen sind wir gewiß!

Daß die politischen Ereignisse der letzten Tage die Wirtschaftsentwicklung nicht günstig beeinflussen können, versteht sich wohl von selbst. Das Land ist seit Monaten von einer Wühl in die andre gegangen. Ein Wühlstieber hat das andre abgeißelt. Die politische Unruhe und Unruhe haben Handel und Wandel erschwert. Jeder wollte erst sehen, wie es überhaupt wird. Ohne Gewißheit wagte man nicht, ein neues Geschäft anzupacken. Wir haben das in der deutschen Wirtschaft besonders zu spüren bekommen. Die Wirtschaftsbelebung, die immer mit dem Frühjahr eintritt, hat sich in engen Grenzen gehalten. Sie liegt weit unter dem üblichen Stand. Die Arbeitsmärkte haben sich nur unwesentlich gebessert und das Heer der Arbeitslosen hat nur wenig abgenommen. Das wäre die wirtschaftliche Bilanz der hinter uns liegenden Wahlperiode. Auf Konto der politischen Unsicherheit geht die Tatsache, daß eine Belebung in unserer Wirtschaft in dem Maße, wie man es hatte erwarten können, nicht eingetreten ist.

Die ganze Geschäftswelt hoffte, daß mit den Wahlen in Preußen, Bayern und andern Ländern die Periode der Wahlen, die Periode der politischen Unsicherheit und der politischen Unruhe abgeschlossen sei. Darin hat man sich gründlich getäuscht. Die Regierung der Junter und der verschiedenen Herren- und Welfen hat der deutschen Wirtschaft ein Kataklysm ins Nest gelegt. Es wird zu neuen Wahlen aufgerufen, und man muß sich darüber klar sein, daß der bevorstehende Wahlkampf um das Reich noch heftiger und fieberhafter geführt wird als die hinter uns liegenden Wahlen. Die geschäftliche Unsicherheit wird sich unter dem Druck dieser Entwicklung steigern.

Andererseits ist an Stelle der Regierung Brüning, die immerhin wirtschaftliche Aktivität zeigte, ein Kabinett getreten, das anscheinend auf wirtschaftlichem Gebiet sich vorerst auf die Reorganisation der Passivität zurückziehen will und auch wohl muß. Die Dinge auf dem Geld- und Kapitalmarkt haben sich so gestaltet, daß an die Aufhebung der vielversprochenen Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht zu denken ist. Diese Anleihe hätte, wenn uns der Einschnitt in die politische Entwicklung während der letzten Woche

erpart geblieben wäre, längst unter Dach und Fach sein können. Der Regierungswechsel hat eine neue Flucht in die Sachwerte, den Umtausch an Anleihen gegen Industrieaktien ausgelöst.

Mit dieser Entwicklung ist aber auch der Stab über die Pläne einer großzügigen Arbeitsbeschaffung gebrochen. Wenn man keine Anleihe erhält, kann man Arbeitsbeschaffungsprojekte nicht finanzieren. Und wenn man noch vor dem politischen Wechsel an die Reichsbank mit der Forderung nach einer Kreditausweitung, die die Festigkeit der Währung selbstverständlich nicht berührt, herantreten konnte, so erscheint das heute schon aus Währungsgründen völlig unmöglich. Die Hoffnung, die von einer Arbeitsbeschaffung ausgehen konnte, die Hoffnung darauf, Hunderttausende von Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzureihen und ihnen wieder Verdienst zu geben, daß sie wieder kaufen können, ist gestört.

Nach gleicher Richtung muß die ungeklärte finanzielle Lage wirken. Die Gemeinden, auf denen die Last der Arbeitslosenfürsorge ruht, stehen in fürchterlichen Finanznöten und weisen auf den drohenden nahen Zusammenbruch hin. Das Inkastreten jener Pläne, die im Kabinett Brüning entstanden sind und die auf eine Hilfsaktion für die Gemeinden hinausliefen, ist mit dem Kabinettswechsel abgetan. Die neue Regierung der Barone erklärt aber, keine neuen Steuern erheben zu wollen. Woher soll nun das Geld kommen, das die Gemeinden unbedingt haben müssen, um die Arbeitslosen nicht verhungern zu lassen? Das ist eine Frage, auf die das neue Kabinett eben keine Antwort geben will und kann.

Der ganze Druck auf die Wirtschaft wird durch die Fragen verstärkt, die um die Lausanner Konferenz kreisen. Von Lausanne, mag die Konferenz ausgegangen sein, wie sie will, ob sie zu einer endgültigen Lösung geführt hätte oder nur zu einem Kompromiß, wäre sicherlich ein Impuls ausgegangen, der die internationale Wirtschaft befruchtete hätte. Gerade das Deutsche Konjunkturforschungsinstitut hat auf die Wichtigkeit der internationalen politischen Entscheidung für die wirtschaftliche Besserung in seinem letzten Bericht verwiesen. Diesen Impuls können wir nach der Wendung der Dinge in Deutschland nicht mehr erwarten, und die Dinge werden nicht dadurch besser, daß das Welfenkabinett gerade den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schaaf als deutschen Hauptdelegierten nach Lausanne schickte will.

Schaaf hat sich in den großen internationalen Konferenzen nicht nur als schlechter Unterhändler gezeigt, sondern sein internationaler Ruf ist äußerst defekt. Es muß eine eigenartige Kombination gewesen sein, die dazu geführt hat, Schaaf aus der Verfertigung hervorzuholen. Die böse Wirkung wird nicht dadurch beseitigt, indem der neue Reichstanzler v. Papen versichert, daß er in Lausanne doch nur das wolle, was sein Vorgänger Brüning gewollt habe.

So ist, wirtschaftlich gesehen, eine labile Lage entstanden, deren Gefährlichkeit man nicht unterschätzen darf. Wie gefährlich die ganze Situation ist, beweist die Panne an der Berliner Börse, die nichts anderes war, als eine Flucht in die Sachwerte. Wirtschaftlich können wir von dieser Situation ausgehend nur weitere Verschlechterungen befürchten.

Das Institut für Konjunkturforschung weist in seinen Konjunkturfeststellungen für Ende Mai besonders auf die verheerenden Wirkungen des Lohnabbaus und der handelspolitischen Wirrungen hin. Die Umsätze stehen unter Druck der Einkommensschwächung und der Einfuhrzölle. Die geringe Besserung auf dem Arbeitsmarkt erklärt sich in der Hauptsache aus dieser unerfreulichen Entwicklung.

Für die Entwicklung in der Weltwirtschaft stellt das Institut fest, daß die allgemeine Vertrauenskrise andauert. Besonders schwer betroffen wurden von den außerdeutschen Industrieländern Frankreich und die Vereinigten Staaten. In Großbritannien hat sich die allgemeine Rückgangsbewegung gefangen. Zum Stillstand gekommen oder gemildert ist der Abgang auch in einigen überseeischen Rohstoffgebieten. Verschärft hat sich die Krise in den europäischen Agrarländern. Besonders heftig waren die Rückschläge im Weltmarkt infolge der noch verstärkt fortgeführten Abnahmepolitik der Volkswirtschaften. Neue Störungen drohen von den äußerst zugespitzten staatsfinanziellen Schwierigkeiten vieler Länder. Anfälle zu

einer gewissen Krisenentspannung zeigen sich jedoch im Kreditgefüge einiger Länder. Geldfortung und Depositionen fallen zum Stehen. Die Anlagefähigkeit hat sich jedoch nicht belebt. Nur in Großbritannien zogen die Obligationen an. Die Tendenz zur Verflüssigung des Geldmarktes ist in Großbritannien am weitesten fortgeschritten. Ob die Anstöße zur Entspannung sich weiter entfalten können, hängt weitgehend von den bevorstehenden welpolitischen Entscheidungen ab. Fürs erste kann mit einem Wiederaufleben von Produktion und Beschäftigung nicht gerechnet werden.

Für Deutschland kann das Konjunkturforschungs-Institut keine Anzeichen einer allgemeinen Konjolidierung feststellen. Zwar ist die Vertrauenskrise etwas abgeklaut. Auch verzeichnen einige Branchen unter Einfluss saisonmäßiger Faktoren eine gewisse Entlastung. Im ganzen aber hat sich die Wirtschaftslage erneut verschlechtert. Der anhaltende Druck auf das Einkommen läßt die Konjunktur des deutschen Volkes mehr und mehr zusammenbrechen und treibt die Verkaufserlöse von Einzelhandel, Verbrauchsgüterindustrie und Landwirtschaft zu weiterem Rückgang. Die Höhe der Zinsätze am Kapitalmarkt, an denen der Discontabbau nahezu spurlos vorübergegangen ist, hält die Investitionstätigkeit und mit ihr den Absatz an Investitionsgütern nieder. Die Abschärfung der einzelnen Volkswirtschaften vom Weltmarkt in Verbindung mit der erhöhten Exportkonkurrenz Großbritanniens entzieht der deutschen Industrie mehr und mehr die wichtige Stütze des Auslandsabzuges.

Nach dem Vierteljahrsbericht des Instituts sind die volkswirtschaftlichen Umsätze weiter zusammengefallen. Die Binnenmarktumsätze haben sich jedoch besser gehalten als das Außenhandelsvolumen. Die deutsche Ausfuhr ist erstmalig stärker gesunken als die gesamte Weltausfuhr. Der Preisrückgang hat sich verlangsamt. Der Vorratung jedoch, den einige Länder infolge Aufgabe des Goldstandards gewonnen haben, hat sich seit Anfang 1932 verringert.

Immer wieder tritt bei den weiteren Berheuerungen der Wirtschaft der Faktor des Lohnabbaues in den Vordergrund. Der Statistiker, der die Zahlen im Konjunkturbericht aneinandergereiht hat, scheint selbst von den Folgen der Lohnabbaumaßnahmen erschrocken gewesen zu sein und faßt seinen Eindruck in den klaffenden Worten zusammen: „Die allgemeine Gehalts- und Lohnsenkung hat zu einem in seiner Größe bisher einzigartigen Rückgang des Arbeitseinkommens geführt.“ Das Institut schätzt das Arbeitseinkommen für das erste Vierteljahr 1932 auf 6,8 Milliarden Mark. Im ersten Vierteljahr 1931 betrug dagegen das Arbeitseinkommen etwa 8,6 Milliarden. Mit den Zahlen des Statistikers: Innerhalb eines Jahres ist das Arbeitseinkommen um beinahe 23 Proz. gesunken. Für das zweite Vierteljahr 1932 schätzt das Institut das Arbeitseinkommen auf 6,2 Milliarden. Die Gehalts- und Lohnsenkung hängt mit den „mächtigen“ Verbesserungen auf den Arbeitsmärkten zusammen. „In der großen Linie geht das Arbeitseinkommen“, zu diesem Schluß kommt das Konjunkturforschungs-Institut trotzdem, „indessen wohl weiter zurück.“ Vergleichen man den Stand des gegenwärtigen Arbeitseinkommens mit dem letzten Konjunkturjahr, dem Jahre 1929, so ergibt sich ein Rückgang im Arbeitseinkommen von 36 Proz. Davon entfallen 21 Proz. auf Rückgang der Beschäftigung und 15 Proz. auf Gehaltsabbau.

Soweit die trockenen Zahlen. Dahinter steht aber ein Meer von Elend in der Bevölkerung, besonders bei den Arbeitslosen, Berheuerung der Wirtschaft durch Lohnabbau, Stagnation der gesamten Wirtschaftstätigkeit!

Dieser Bericht über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage glauben wir nicht besser und zweckmäßiger abschließen zu können, als daß wir ihm noch das Urteil des Vorliegenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, über die am 4. Juni durch den Rundfunk verkündete Erklärung der neuen „Regierung“, das am 5. Juni im Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Vorwärts“ Nr. 261) veröffentlicht wurde, anfügen, das folgendermaßen lautet:

Die Erklärung der neuen Reichsregierung ist geeignet, in den Massen der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten, die allerstärkste Beunruhigung herorzurufen.

In einer Sprache, die uns aus Kundgebungen sozialreaktionärer Unternehmerkreise nur allzu gut bekannt ist, die aber im offenkundigen Gegensatz steht nicht nur zu allen früheren Regierungserklärungen aus der Zeit der Republik, sondern sogar auch zu den bekannten kaiserlichen Botschaften über die Sozialpolitik, predigt die neue Regierungserklärung die Ablehr vom sogenannten Staatssozialismus und von jener Auffassung, die den Staat als ein Art Wohlfahrtsanstalt betrachtet.

Dazu ist zunächst zu sagen, 1. daß die von der neuen Regierung bekämpfte Auffassung in der Reichsoverfassung verankert ist und 2., daß es in den Ländern, in denen eine andere Auffassung herrscht, für das Elend und die Knechtschaft der arbeitenden Menschen überhaupt keine Grenzen gibt.

Die Regierungserklärung läßt erkennen, daß dem deutschen Volk Kämpfe von außerordentlicher Schwere bevorstehen. In diesen Kämpfen muß das arbeitende Volk einzig sein.

Der Platz der gewerkschaftlich organisierten ist dort, wo die Fahnen der Demokratie und des Sozialismus wehen!

Wider den Angeiß!

Da saßen sie zusammen an einigen Tischen in der Bezirksversammlung — unter vielleicht 200 Kollegen, die zum großen Teil unter sorgenvoller Spannung dem lauschten, was da berichtet wurde von den denkwürdigen Verhandlungen über die nächste Zukunft unfres Tarifs — junge Kollegen, zum Teil kaum der Lehre entwachsen, und machten spöttliche Bemerkungen, wenn der Gausvorsitzende von den schwierigen und nervenaufreibenden Verhandlungen in Berlin sprach, lächelten vernachlässigbar im Ohr, angepornt von struppeligen Aufpeitschern, wenn der Redner davon sprach, daß die Gegenspieler bei diesen Verhandlungen, geflüßt auf die jurdstbare Wirtschaftskrise, den neuen Manteltarif so zu gestalten suchten, daß von dem alten Tarif nichts mehr zu erkennen gemefen wäre.

Das gibt zu denken! — Warum ältere Männer, sorgenvolle Familienväter, durch die Nöte der Zeit zermüht werden und ihre Zuflucht zum Fatalismus nehmen, ist das verständlich, wenn auch nicht ganz entschuldbar. Aber junge Menschen, ohne Glauben, ohne Hoffen, ohne richtige Erkenntnis des in jahrzehntelangen ersten Ringen Geschaffenen, und des für die Allgemeinheit Wirtdenen, durchgeht mit eingepfeiftem Mißtrauen, ist eine solche Jugend eines objektiven Urteils fähig?

Nein! Diese hemmungslose Jugend (nicht die Jugend in ihrer Gesamtheit) ist in der Hauptsache das Produkt der aufgelockerten Familie, in der die Eltern, ohne besondere Erzieherqualitäten, das Kind ohne Pflege von Geist, Seele und Körper aufwachsen lassen; sie ist das Produkt jener unbedingten negativen Kritik an planvoller Aufbaubarkeit und des Beschimpfens von Führern, jenes herunterreichenden vernichtenden Trübes älterer Arbeitsgenossen, die nicht immer die reinen Engel sind. Diese Jugend ist auch nicht zuletzt das Produkt einer die Gügel nicht straff genug haltenden Erziehung in unserer Jugendbewegung, wo man diese in Führung befindlichen, der Schule entwachsenen jungen Menschen vermahnt, ihnen schon Mitbestimmungsrechte von weittragender Bedeutung gibt, obwohl sie noch nicht genügend logisch denken können. Man überläßt ihnen oft die Führung selbst, ohne daß sie schon allein „gehen“ können.

Freiheit auf allen Gebieten des guten Handelns, des Denkens und des Glaubens ist eine schöne, heilige Sache. Die brachte uns die demokratische Republik, um uns emporzuführen zu einem höheren Menschentum. Aber ziellose, falsch verstandene Freiheit trieb immer zur Anarchie und zum Verfall der Gemeinschaft, trieb immer zur Schucht und veranlaßt auch jetzt wieder manchen zur struppeligen Ausnützung seiner Klaffengenoßen.

Die Kräfte, die unsern Verband erhalten, sind stark; doch wehe uns, wenn diese Jugend weiter abgeleitet in diesen verkehrten, „Hoffnungslosen“ Zustand. Ihre Aufpeitscher vermögen, revolutionäre Kämpfer aus dieser Jugend zu machen. Sie irren sich. Mit einer Jugend, die nur fordern gelernt hat und schwer Ergründenes nicht schätzen, planvolles Aufbauen nur herörgeln kann, mit dieser Jugend ist keine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Wir haben alle Ursache, andre Wege mit der Jugend zu gehen. Alle von den niederreichenden Nöten der Zeit noch nicht so mächtig gepackten Menschen müssen den Jungen Beispiele des Aufbauens, Beispiele des echten und wahren Ringens um die Zukunft, Beispiele des Kampfes gegen Zerstückung und finstere Reaktion vorgeben in Familie, Gesellschaft, im Betrieb, und überall, wo wir mit Jugend zusammenkommen, ihr durch rechtes Handeln zeigen, daß das Leben immer noch lebenswert und das bis jetzt Erreichte immer noch verteidigungswert ist. Nur die Knechtschaft tötet das Leben und verhindert den Aufstieg der Arbeiterklasse.

Wir müssen der Jugend sagen, daß Rückschläge, so wie sie die Arbeiterklasse jetzt erleiden muß, Wechselferdienung ist im Kampf um eine bessere Zukunft; denn wo Kampf ist, ist auch Gegenwehr, und nicht alle Klassenränder und -schwefelner stehen auf unserer Seite in diesem Ringen. Aber trotz alledem! So wie das machtvolle Ringen in der Natur alljährlich den Frühling gebiert gegen Toesen und Stürmen, der grüne Glanz der Erde, des Lebens, entkriecht, so bricht unter unsäglichen Opfern die Zukunft, der Differenzkling, durch.

Ich schreibe mit den Worten Emile Zolas aus „An die Jugend!“, „O Jugend, o Jugend, sei eingebend der Weiben, welche deine Väter erduldet haben, der fittgerlichen Kämpfe, in denen sie siegen mußten, um die Freiheit zu erobern, deren du dich heute erfreust. Wenn du dich heute frei fühlst, wenn du nach deinem Bestehen gehen und kommen, deine Gedanken durch die Presse aussprechen kannst, eine Meinung haben und ihr öffentlich Ausdruck geben kannst, so verdankst du dies alles der Intelligenz und dem Blut deiner Väter. Ihre Jünglinge, ihr lebt nicht unter einer Gewaltherrschaft, ihr wißt nicht, was es heißt, jeden Morgen beim Erwachen den Fuß des Herrschers auf dem Nacken zu verspüren, ihr habt es nicht nötig gehabt, vor dem Schwert eines Diktators, vor der falschen Waage einer schlechten Justiz zu flüchten. Dankt dies euren Vätern und seid nicht so verdorben, die Lüge herbeizurufen und Brüderchaft zu schließen mit der brutalen Gewalt, der fanatischen Intoleranz und der unerfährlichen Ehrsucht. Wohin des Wegs, ihr jungen Männer, die ihr durch die Straßen eilt, Kundgebungen veranstaltet und mit eurer Jugendfrische und der Hoffnung eurer zwanzig Jahre mitten im Hader der Parteien erfährt?“

Mannheim.

Neuer Lohnabbau im Schriftgießergewerbe

Nach den Verschlechterungen des Manteltarifs auch noch Lohnabbau! Die Arbeiterschaft im deutschen Schriftgießergewerbe hat von den Angehörigen des graphischen Gewerbes bisher wohl am meisten unter der Wirtschaftskrise gelitten. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt schon seit langem 53 Proz. Die noch in Arbeit befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten bereits seit Jahren verürzt, zeitweise sogar bis zu 24 Stunden in der Woche. Viele haben nunmehr schon seit zwei Jahren keinen vollen Wochenlohn mehr nach Hause gebracht. Diese Notlage der Arbeiterschaft verurteilt die Unternehmer weidlich auszunutzen und noch mehr zu verschlechtern. Die Anträge zu den erst unlängst abgeschlossenen Manteltarifverhandlungen atmeten so recht den durch die moderne Synzidipolitik erzeugten antisozialen, arbeiterfeindlichen Geist. Der Manteltarif wurde in einer Reihe von Positionen nicht unerheblich verschlechtert, nicht ein Antrag der Arbeiterschaft fand Gnade vor den Augen der ihrer ganzen sozialpolitischen Einstellung nach mehr und mehr ins Lager der reaktionären Schafmacher abwanndernden Schriftgießereiunternehmer. Die Arbeiterschaft hat sich notgedrungen und schweren Herzens mit den neuen Bestimmungen des Manteltarifs abgefunden, nahm jedoch an, daß es zum mindesten noch auf absehbare Zeit bei den alten Löhnen bleiben würde. Anders die Unternehmer. Sie wollten nur den „Pfingstfrieden“ nicht flören, während der Pfingsttage keine Unruhe in die Familien der Arbeiterschaft tragen, sonst hätten sie schon früher Lohnverhandlungen gefordert.

Der Lohnsatz lief mit dem Manteltarif bis zum 30. April und war zu diesem Termin ordnungsgemäß gekündigt. Die Unternehmer wandten sich nun an das Reichsarbeitsministerium und eruchten um Ernennung eines Schlichters, der die Lohnabbauverhandlungen führen und mit dessen Hilfe schließlich ein Schiedsspruch gefällt werden sollte. Sie beantragten die Herabsetzung des allgemeinen Spigenlohns von wöchentlich 49,40 auf 45,12 M., oder arbeitsstündlich von 1,03 M. auf 94 Pf.; außerdem Kürzung der verschiedensten Stundlohnpositionen um 5 bis 15 Proz., die Löhne der Arbeiterinnen sollten weiter eine Senkung von 15 Proz. erfahren.

Aber diese Anträge wurde am 1. Juni unter Vorh der Regierungsdirektors Friedländer (Stettin) im Reichsarbeitsministerium verhandelt. Die Vertreter der Arbeiterschaft steuerten mit allen Mitteln auf eine Verlängerung des alten Lohnabkommens bis mindestens 31. Oktober 1932 zu. Da es in den Parteiverhandlungen zu keiner Annäherung in den weit auseinandergehenden Auffassungen kam, wurde zur Bildung der Schlichterkammer geschritten, in der wiederum in vielfältigen Verhandlungen eine Verständigung gesucht, aber nicht gefunden wurde. Erst in später Abendstunde ermäßigten die Unternehmer ihre Forderungen um verzinslichen, schließlich auf den Abbau des Spigenlohns für im Zeitlohn Arbeitende, verzinslich, aber dafür ein weites Entgegenkommen bei den Affordlöhnen. Darauf müßten sie schon deshalb bestehen, weil die Affordlohnätze zu Beginn des Jahres nicht in dem Ausmaß abgebaut seien, wie es nach der Notverordnung geschehen konnte! Da auch hierüber eine Verständigung ganz unmöglich war, kam es nachts gegen 11 Uhr zu folgendem Schiedsspruch:

1. Die am 30. April 1932 abgelaufene Lohnordnung wird bis zum 31. Mai 1932 verlängert.
2. Über den 31. Mai 1932 hinaus gilt die Lohnordnung mit der Maßgabe, daß der Affordanteil anstatt „60 Proz.“ „56 Proz.“ beträgt.
3. Diese Regelung kann mit vierwöchiger Frist zum Schluß einer Lohnwoche erstmalig zum 11. Oktober 1932 gekündigt werden. Im Falle der Kündigung müssen die Verhandlungen über Neuabschluss eines Tarifs spätestens zwei Wochen vor Ablauf des Tarifs stattfinden. Eine Woche nach erfolgter Kündigung sollen die Parteien die gegenseitigen Anträge austauschen.

It durch den Schiedsspruch auch der allgemeine Lohnabbau abgewehrt worden, so bringt er doch wiederum eine Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Affordarbeiter und eine weitere Schrumpfung der schon auf ein geringes Minimum herabgedrückten Kaufkraft.

Bei diesen Verhandlungen hätte man am liebsten den Manteltarif ebenfalls verschlechtert, indem man einen neuen Vorstoß unternahm, die Messinglinienarbeiter aus dem zentralen Tarif herauszubringen. Es gelang schließlich, eine Vereinbarung zu treffen, nach der die beiden Paragraphen 6 (Stücklohn) und 7 (Sondertarife), die bei den Aprilverhandlungen nicht erledigt werden konnten, unverändert weiterbestehen, mit der Maßgabe, daß die Ziffern 4 und 4a des § 6 folgenden Zusatz erhalten: „Für Messinglinienarbeiter können besondere Vereinbarungen getroffen werden.“

Die Kapitalmacht der Konzerne

Wiederholt ist die Frage aufgeworfen worden, welche Hauptfaktoren die Ursache der Wirtschaftskrise bilden: die Konzentrierung des Kapitals in den industriell hochentwickelten Ländern oder die internationale Zoll-, Kartell-, Trust- und Konzernpolitik. Die Ansichten gehen natürlich — sowohl bei den Wirtschaftsführern als auch bei den Vertretern der Wirtschaftswissenschaft — zum Teil weit auseinander; sicher ist aber, daß ein Zusammenwirken dieser Faktoren und noch einiger dazu die Depression auf dem Weltmarkt verursacht und daß an der gegenwärtigen Krise die monopolistische Wirtschaftspolitik des Privat-

E. g.

kapitals einen erheblichen Teil der Schuld hat. Welche Wirkungen die Wirtschafts-anarchie industrieller und finanzieller Herzogtümer zeitigen kann, dafür liegen seit Jahren zahlreiche Beweise vor, und die Namen Stinnes, Castiglioni, Sidel, Löwenstein, Barmat, Lahusen, Schröder, Dümde, Michael, Rahnenkellenbogen, Kreuger u. a. sind Meilensteine auf dem Weg zum Bankrott des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Als Ergebnis einer jahrelangen verfehlten Konzentrations-, Expansions- und Verschuldungspolitik ist festzustellen, daß in der Welt über 20 Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind.

Die in jüngster Zeit erfolgten Zusammenbrüche namhafter Konzerne haben die Nachteile einer vielfach destruktiven und übersteigerten Konzentration wieder besonders deutlich gemacht und zugleich ahnen lassen, wie groß die Zahl der Unternehmungen sein muß, die heute in dem Machtbereich großer Industrie- und Finanzkonzerne einbezogen sind. Eine absolut zuverlässige Statistik über den Stand der Verkrüftung, Konzernierung und Kartellierung liegt bezeichnenderweise in einem Land nicht vor, das ein — allerdings wenig wirksames — Gesetz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen (Kartellgesetz) erlassen hat. In Deutschland existiert kein Kartellregister, das auch nur entfernt auf Vollständigkeit Anspruch erheben könnte; wir wissen nicht, wie viel monopolartige Wirtschaftsorganisationen vorhanden sind, ja, man ist sich nicht einmal über den Begriff Monopol ganz im klaren. Das rührt nicht zuletzt daher, daß begrifflichermaßen kein Unternehmer den Ehrgeiz hat, in breiter Öffentlichkeit als Monopolträger in Erscheinung zu treten, sondern daß sich diese Kreise mit einer vielfach anonymen, aber um so einträglicheren Herrschaft begnügen. Seit Jahren schon wird die Zahl der Kartelle und Syndikate auf 3000—4000 geschätzt. Wie diese Gebilde im einzelnen organisiert sind, welchen machtpolitischen Einfluß sie besitzen und in welcher Weise sich dieser Einfluß auswirkt — damit hat sich noch keine Enquete befaßt. Nur gelegentlich dringt etwas Licht in das Dunkel der Kartellpolitik; es fehlt gewiß auch nicht an Kritik und Kampfanlagen, die sich gegen die Kartellwillkür richten, aber damit hat es dann auch meistens sein Bewenden. Genau so ist es mit den Trusts, die übrigens in wirtschafts- und im besonders in preispolitischer Hinsicht nicht so unheilvolle Wirkungen zeitigen, wie dies in der Regel bei den Kartellen der Fall ist. Der Trust ist ein Einheitsunternehmen und tritt gewöhnlich in der Rechtsform der Aktiengesellschaft in Erscheinung. Wie sich Kartelle und Syndikate mit Vorliebe befehdigen als „Verbände“ bezeichnen und damit gegen den Verdacht einer monopolistischen Machtstellung geschützt sind, so fällt es natürlich auch keinem Trust ein, sich als solcher zu bezeichnen. Man erkennt, daß sich die monopolartigen Gebilde gut zu zarter Verfeinerung, daß die Begriffe Kartell, Syndikat und Trust terminologisch wenig scharf umrissen sind und ihren Sinn in der Wissenschaft wie in der Praxis fortwährend wechseln.

Anders verhält es sich mit den Konzernen. Der Konzern ist nicht so fest gefügt wie der Trust; er ist kein durch Fusion, d. h. durch völlige Verschmelzung, entstandenes Einheitsunternehmen, sondern die Zusammenfassung rechtlich selbständiger Unternehmungen in der Form finanzieller Beteiligung oder aber auch der Vermögensbeherrschung (Mehrheitsbeteiligung). Die Politik und Expansion der Konzerne ist leichter zu kontrollieren als die Kartell- und Trustbewegung, und seit etwa vier Jahren hat sich die Statistik auch mit der Konzernbewegung — soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen — befaßt. Das Statistische Reichsamt hat erstmals im Jahre 1928 versucht, der Öffentlichkeit einen Begriff von dem Umfang konzernmäßiger Zusammenschlüsse nach dem Stand vom Jahr 1926 zu vermitteln. Da einer reichlichen Erfassung der konzernmäßig beherrschten Unternehmungen natürlich bedeutende Schwierigkeiten im Wege stehen, mußten sich die Untersuchungen des Reichsamts im wesentlichen auf konzernmäßig gebundenen Aktiengesellschaften bzw. der statistischen Erfassung und Auswertung deren Kapitalien beschränken. Der Versuch, auf Grund des konzernmäßig gebundenen Nominalkapitals den Grad der Verkrüftung und die Abhängigkeitsintensität zu erklären, ist aber ohne Zweifel höchst problematisch und sicher nicht ausreichend für einen untrüglichen Maßstab des tatsächlichen Einflusses konzernmäßiger Bindungen.

Die neuesten Erhebungen des Statistischen Reichsamts, die sich auf den Stand der Ende 1930 vorhandenen aktienmäßigen Konzernbindungen stützt, scheinen umfassender und gründlicher zu sein als der erste Versuch. Die zahlenmäßig erfaßten Gruppierungen wurden durch Schätzungen ergänzt, deren Unterlagen zwar nicht veröffentlicht werden, die aber für den großen Bereich der Aktiengesellschaften einen erheblichen Grad von Sachlichkeit des Urteils vermuten lassen. Die Untersuchungen lassen erkennen, daß der Grad der Konzernabhängigkeit bei den einzelnen Aktiengesellschaften sehr verschieden ist. Es gibt Unternehmungen, die zu 100 Proz. konzernmäßig gebunden sind und damit trotz ihrer juristischen Selbständigkeit de facto vollständig abhängig sind, und solche, die schwächere Bindungen aufweisen. Rund 63 Proz. des Kapitals aller bestehenden Aktiengesellschaften werden von deutschen Unternehmungen dieser Rechtsform selbst gehalten, 2 Proz. von GmbH, 4 Proz. von Unternehmungen anderer Rechtsform, 10 Proz. von der öffentlichen Hand und 6 Proz. vom Ausland. Wie groß aber die Kapitalmacht der Konzerne und damit deren wirtschaftlicher und machtpolitischer Einfluß heute ist, ergibt sich aus der Tatsache,



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Hermann Haak in Berlin
Eingetretener: 6. Juni 1882 — Jetzt Invalide



daß rund 85 Proz. aller Aktienkapitalien konzernmäßig gebunden sind.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Stand der Konzentration des Aktienkapitals in den Jahren 1926 und 1930 in vergleichender Darstellung.

Zahl und Nominalkapital der konzernmäßig gebundenen Aktiengesellschaften	1926	Ende 1926
Gesamtzahl der Aktiengesellschaften . . .	10 970	12 392
Nominalkapital derselben (in Mill. M.)	24 189	20 354
Durchschnittskapital derselben (in Mill. M.)	2,2	1,6
Zahl der konzernmäßig gebundenen Aktiengesellschaften . . .	3 904	1 967
Nominalkapital derselben (in Mill. M.)	20 488	13 242

Konzernmäßig gebundenes Kapital in Prozenten des gesamten Aktienkapitals 84,7 65,1

Die Zahl der Aktiengesellschaften ist seit dem Jahr 1926 um 1422 auf 19 470 zuzugewachsen, während das Kapital dieser Gesellschaften im Jahr 1930 um 48 Mill. M. größer ist, als das Kapital der im Jahr 1926 vorhandenen 12 392 Aktiengesellschaften. Noch deutlicher kommt die fortschreitende Konzentration dadurch zum Ausdruck, daß sich die Zahl der konzernmäßig gebundenen Aktiengesellschaften seit dem Jahr 1926 verdoppelt hat und das Nominalkapital der im Jahr 1930 gezählten 3904 Konzerngesellschaften höher ist als das Kapital sämtlicher im Jahr 1926 vorhandenen Aktiengesellschaften. Die Zahl der konzernmäßig gebundenen Aktiengesellschaften war im Jahr 1926 mit 15,8 Proz. der gesamten Aktiengesellschaften bemerkenswert gering, und wenn im Jahr 1930 auch über eine Verdoppelung festzustellen ist, so stehen damit immer erst 35,6 Proz. der gesamten Aktiengesellschaften unter Konzernkontrolle. Für den tatsächlichen Grad und die machtpolitische Bedeutung der Konzentration ist aber nicht die Zahl der Konzerngesellschaften, sondern die Größe und wirtschaftliche Bedeutung derselben entscheidend, und so ergibt sich denn auch in kapitalmäßiger Betrachtung, daß die 3904 Konzerngesellschaften 84,7 Proz. des gesamten Aktienkapitals auf sich vereinigen. Während im Jahr 1926 eine Konzernverflechtung von etwa zwei Dritteln des Kapitals bestand, ist die Zusammenballung im Jahr 1930 auf vier Fünftel der Aktienkapitalien angewachsen.

Die einzelnen Industriegruppen sind an der Konzentration unterschiedlich beteiligt; weitaus am stärksten ist die Konzernbildung in der Industrie der Grundstoffe und der Weiterverarbeitung fortgeschritten. In der Montanindustrie sowie in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung — wo 35 Proz. des Kapitals im Besitz der öffentlichen Hand sind — ist das Aktienkapital nahezu vollständig konzerngebunden. Von dem Kapital im Bergbau und in der Eisen- und Metallgewinnung zusammen sind rund 98 Proz. Konzernkapital; in der elektrotechnischen Industrie sind rund 92 Proz., und im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau 71,6 Proz. des gesamten Aktienkapitals konzernmäßig gebunden. Die Verflechtung gleichartiger Unternehmungen, die sogenannte horizontale Konzentration, ist durchweg überwiegend. Vertikale Zusammenschlüsse, d. h. die Verbindung verschiedener Produktionsstufen, zeigen sich in der Eisen-, Stahl-, Metallwaren- und Fahrzeugindustrie, und zwar in Verbindung mit der Schwerindustrie; rund 60 Proz. des Konzernkapitals im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau stehen direkt und mittelbar unter schwerindustrieller Kontrolle.

In welchem Maße sich in den letzten vier Jahren die Anziehungskraft der Konzerne verstärkt und die Tendenz zur Konzentration ganz allgemein an Boden gewonnen hat, zeigt auch die Zahl der in den Jahren 1928—1931 innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen zustande gekommenen Fusionen und Interessengemeinschaften.

Gewerbegruppen	Zahl der Fusionen und Interessengemeinschaften			
	1931	1930	1929	1928
Montan- und Hüttenindustrie . . .	13	22	11	24
Maschinen- und Apparatebau . . .	13	15	24	21
Elektrotechnische und feimechanische Industrie . . .	25	31	21	15
Kraftzeugung und -versorgung . . .	14	12	9	12
Fahrzeug- und Schiffbau . . .	12	12	8	9
Metallwaren- und Kleinmetallindustrie . . .	8	10	10	7
Chemische Industrie . . .	6	12	11	22
Lebens- und Genussmittelindustrie . . .	17	24	24	22
Textil- und Bekleidungsindustrie . . .	22	31	25	14
Banken und Versicherungswesen . . .	16	34	9	11
Warenhausbranche . . .	1	—	6	11
Gewerbe und verwandte Industrien . . .	6	21	13	10
Filmindustrie . . .	4	6	5	9
Schifffahrt und Transport . . .	11	11	10	5
Kaliindustrie . . .	2	2	1	4
Papier- und graphische Industrie, Verlagswesen . . .	1	8	10	4
Kinoindustrie . . .	—	—	2	3
Sonstige Gewerbegruppen . . .	18	35	40	18

Zusammen 189 286 239 224

Im Jahr 1931 konnten in der deutschen Wirtschaft insgesamt 189 Fusionsvorgänge und Abschlüsse von Interessengemeinschaften sowie 27 neue Kartell- und Syndikatsbildungen beobachtet werden. Bezüglich der Zahl kartellmäßiger Zusammenschlüsse ist zu bemerken, daß nur vollständig neue Gründungen berücksichtigt und Erneuerungen nicht gezählt wurden. Weiter ist festzustellen, daß von den im Jahr 1931 erfolgten Fusionen 24 und von den Kartell- und Syndikatsbildungen 9 Vorgänge internationaler Art sind.

In der Gesamtbetrachtung hat sich die Zahl der Fusionen und Interessengemeinschaften im Jahr 1931 gegenüber den Vorjahren erheblich verringert, und zwar ist in allen Industriegruppen — mit Ausnahme der Kraftzeugung und -versorgung, der Fahrzeugindustrie und dem Transportgewerbe — eine verminderte Konzentrationsbewegung zu beobachten. Das ist an und für sich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß im Jahr 1930 beispielsweise das Aktienkapital in der Montan- und Hüttenindustrie zu 95 Proz., im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau zu 72 Proz., in der elektrotechnischen Industrie zu 92 Proz. und in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung zu 99,6 Proz. konzernmäßig gebunden war. Aus dem für das Jahr 1931 festgestellten zahlenmäßigen Rückgang der Zusammenschlüsse im einzelnen kann übrigens der Schluss gezogen werden, daß sich in verschiedenen Gewerbegruppen der Ring geschlossen hat und die Konzerne auf einem gewissen Stand der Arrondierung angelangt sind. Bis zur pyramidalen Entwicklung innerhalb der einzelnen Gewerbegruppen, d. h. bis zur Zusammenfassung der maßgebenden Unternehmungen in einer Hand, ist in den meisten Fällen natürlich noch ein weiter Weg. Daß aber die Tendenz zur Konzentration schon sehr weit um sich gegriffen hat, zeigt die prozentuale Höhe des konzernmäßig gebundenen Aktienkapitals im allgemeinen und innerhalb einzelner Industriezweige im besonderen, wo teilweise eine nahezu hundertprozentige Bindung des investierten Aktienkapitals festgestellt werden kann.

Die Akkumulation des Industrie- und Finanzkapitals hat, wie gezeigt werden konnte, in raschem Tempo fast alle Wirtschaftszweige erfaßt. Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Karl Marx hat schon vor 65 Jahren die These aufgestellt, daß die Kapitalkonzentration als eine durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion sich vollziehende zwangsläufige Entwicklung anzusehen ist. In neuerer Zeit war es Walter Rathenau, der von Industrierichtern gesprochen hat, die die ökonomische und gesellschaftliche Vorkonzentration unter sich aufteilen werden, und tatsächlich ist die Machtkonzentration industrieller Herzogtümer die wirtschaftliche und politische Struktur der Gegenwart.

Es ist aber nicht ohne weiteres so, als seitte die Konzentration des Kapitals zwangsläufig den sozialen Vergesellschaftungsprozeß ein. Diese Ideologie könnte in ihrer passiven Tendenz der Arbeiterklasse gefährlich werden. Ohne Kampf, ohne zielbare Willensentfaltung und ohne den Willen zur Macht wird die Entwicklung nicht in die rechte Bahn geleitet. Ungeheuer ist die Gefahr, die den Arbeitern und darüber hinaus dem Staat aus der plutokratischen Machtenfaltung des Unternehmertums droht. Möge sich das werktätige Volk bewußt sein, daß dem Machts- und Profitstreben des organisierten Hochkapitalismus nur durch die geschlossene Front der gewerkschaftlichen Organisation erfolgreich Widerstand geleistet werden kann.

Korrespondenzen

Chemnitz. In unserer Versammlung am 24. Mai hielt Kollege Dreßler (Berlin) einen Vortrag über: „Nationalisierung, Krise und Bildungsverband“. Leider war er gezwungen, sich kurz zu fassen, da noch unser Gauvorsteher, Kollege Dreßler, über den Abschluß des neuen Lohn- und Manteltarifs Bericht zu erstatten hatte. Die Vorlesenden des Bezirks waren dazu eingeladen. Zu vor wurde das Anbenken eines verstorbenen Kollegen gelehrt. Kollege Dreßler verstand es sehr gut, die Ursachen, die zur Nationalisierung, zur Krise und der großen Arbeitslosigkeit geführt haben, den aufmerksamen Zuhörern auseinanderzusetzen. Im Buchdruckgewerbe sei die Nationali-

sierung noch nicht in dem Maß vorgeschritten wie in andern Berufszeigen. Hier herrscht noch handwerksmäßige, individuelle Arbeit vor; deshalb ist Fortbildung im Beruf nach wie vor notwendig. Die Krise in unserm Gewerbe liege in der misslichen Lage der Industrie, des Handels und Gewerbes und in der verminderten Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung begründet. Eine neue Gefahr drohe dem Buchdruckgewerbe durch die Nationalisierung der Betriebswirtschaft. Sogenannte Buchprüfer machen sich in den Kontoren und Büros der größeren und mittleren Druckereien breit und tragen als Vorkadaster zur Verschärfung der Kontrolle, Verschleuderung und erneuter Arbeitslosigkeit bei. Dem kann nur durch eine starke Organisation entgegengetreten werden. Der Referent schloß mit dem Hinweis, daß in Unbetracht der ganzen katastrophalen Weltwirtschaftslage der wenig erfreuliche Abschluß des neuen Tarifs unter diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden müsse. In der anschließenden Debatte machten verschiedene Kollegen ihrem Herzen Luft, sie konnten aber die nackten Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Hierauf gab Kollege Hertel den Bericht über den Abschluß des neuen Tarifs, der ja schon hinreichend durch den „Korr.“ bekannt war. Er trat noch einmal das Bild, das sich in langwierigen Verhandlungen abgespielt hat, erläuterte die einzelnen geänderten Paragraphen, die verschiedenen Sparten Verschleuderungen brachten und auch die Beschlüsse nicht verkonnte, und hob hervor, daß wohl die verzierte Ferienbezahlung den größten Protest der Kollegen herausforderte. Es sei aber gelungen, den Kurzarbeitern bis zu 36 Stunden ihr Ferienlohn zu erhalten, und was vor allem mit ausschlaggebend war bei der Annahme des Tarifs, den Lohntarif in der alten Weise bis über die Sommermonate zu verlängern. Wohl hätten wir Einbußungen im Tarif erhalten, doch sei dies immer noch besser als eine tariflose Zeit, die weit mehr Verschleuderungen mit sich brächte. Um weitere Verschleuderungen erfolgreich abzuwehren, sei Einigkeit und Geschlossenheit erforderlich. Die Aussprache war ziemlich lebhaft. Wenn auch einige Redner weit über das Ziel hinausgeschossen und von Streik bzw. Generalstreik redeten, so war doch nicht zu verkennen, daß der Abschluß des neuen Tarifs große Anzufriedenheit und Erregung in der Kollegenchaft auslöste, die sicherlich dem Gewerbe nicht dienlich sein werden.

Elberfeld. Unsere gut besuchte Bezirksversammlung am 22. Mai wurde eingeleitet durch einige Liebesworte des Gefangenen „Gutenbergs“. Vorsitzender Weber begrüßte die Anwesenden und gab seiner Genugtuung Ausdruck über den guten Verlauf der Tagung. Über den Hauptpunkt der Tagesordnung referierte in eingehender Weise Gauvorsteher Fette (Rdn.). In seinem umfangreichen Referat erläuterte er die einzelnen Paragraphen mit ihren Verschleuderungen, und er verstand es im Verlauf seines Referats, das häufig durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, die überaus schwierige Lage unserer Vertreter bei den diesmaligen Verhandlungen darzustellen. In der regen Diskussion kam heftiger Unwille gegen die neuen Abmachungen zum Ausdruck, der sich im besonderen gegen die Übergang der Arbeitsstimmung richtete. Wenn bei Verhandlungen auch auf manche Forderungen verzichtet werden muß, so hätte eine Arbeitsstimmung unter allen Umständen stattfinden sollen. Das Arbeitsstimmungsrecht der Mitglieder, wie es im Statut gewährleistet wird, dürfte ihnen nicht genommen werden. Daß bei dieser Aussprache auch einige Entgleisungen vorkamen, war einerseits der Verbitterung durch lange Arbeitslosigkeit vieler Kollegen und andererseits ihrem Unwillen gegen die neuen Abmachungen zuzuschreiben, wenn auch ein Redner in seinen Ausführungen zu weit ging. In seinem Schlusswort gelang es dem Referenten, durch Aufklärung der einzelnen Fragen den Unwillen etwas zu dämpfen und dem betreffenden Kollegen eine Abfuhr zu geben, die wirklich verdient war. Sodann befaßte sich die Versammlung mit dem Antrag des Bezirks Düsseldorf auf Einberufung eines außerordentlichen Gantags, der einstimmig abgelehnt wurde. Kollege Baus berichtete hierauf über das Restantenunwesen, welches im letzten Jahr besonders im hiesigen „General-Anzeiger“ stark in Erscheinung getreten ist. Der Vorstand wurde beauftragt, gegen die Gewohnheitsrestanten mit aller Schärfe vorzugehen. Zum Schluss kam dann noch die Verschmelzung der beiden Bezirke Elberfeld und Barmen zur Sprache, und es wurde der Wunsch laut, diese bis zum Jahresabschluss durchzuführen.

Freiburg i. Br. Ihre Versammlung am 21. Mai nach Bekanntgabe und Besprechung verschiedener Mitteilungen einen in strenger Sachlichkeit gehaltenen Bericht über den Verlauf des am 14. und 15. Mai in Konstanz abgehaltenen Gantags entgegen. Man war im wesentlichen mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Kritisiert wurde jedoch, daß eine vorherige Bezirksvorsteherkonferenz den berechtigten Wünschen wohl des größten Teiles der Gaumitglieder nicht entsprach und unter Außerachtlassung aller Sparmaßnahmen Konstanz als Tagungsort festlegte. Statutgemäß wurde die Wahl von vier Beisitzern zum Gauvorstand vorgenommen, nach deren Ergebnis die Kollegen Halenfranz, Menz, Hermann Müller und Schwarzwälder zusammen mit dem auf dem Gantag gewählten Gauvorsteher, Kollegen Reibel (Lahr), und einem in Karlsruhe zu wählenden Beisitzer vom 1. Juli an den Gauvorstand bilden. Einen erregten und feindseligen Verlauf nahm die Diskussion über die neue Vereinbarung bezüglich des Manteltarifs. Nur ein kleiner Teil der Kollegen würdigte die Gründe, die den Verbandsvorstand und die Gauvorsteher zum Abschluß bewegten. Die Mehrzahl stellte sich auf den Standpunkt, daß man es unbedingt den Mitgliedern hätte überlassen müssen, durch Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der neuen Tarifbestimmungen zu entscheiden. Nachdem von seiten der Regierung die Verbindlichkeits-Erklärung des Schiedsgerichts abgelehnt war, glaubten die Kollegen allgemein, daß auch unsere Vertreter alle im Schiedsgericht enthaltenen Verschleuderungen kritisch ablehnen würden, und was bis zur letzten Konsequenz. Fast einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die heutige, fast besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Freiburg i. Br. beauftragte sich eingehend mit der am 14. Mai d. J. zustande gekommenen Vereinbarung über den Mantel- und Lohntarif. Besonders große

Enttäufung herrschte über den von unsern Vertretern antwortenden Vorgesetzten Abbau des Urlaubsgeldes und über die stark einschneidenden Änderungen des § 3 (die tägliche Arbeitszeit liegt in der Zeit von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr) sowie über den Abbau der Aufschläge für Sonntagsarbeit. Wenn die Kollegen die Schwierigkeiten, die sich bei solchen Verhandlungen gerade in der heutigen Zeit ergeben, nicht verkennen, so ist es ihnen doch unverständlich, daß unsere Vertreter sich überhört, durch nichts gerechtfertigten Forderungen unserer Prinzipale ihre Zustimmung gaben, anstatt das Urteil durch Abstimmung der Gesamtkollegenchaft zu überlassen, die jedenfalls in dieser Notzeit, oder gerade deswegen, anders entschieden hätte. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine Erhaltung des gewerkschaftlichen Friedens unter solchen ungeschützten Opfern für die Gesellschaft nicht mehr im Interesse der Organisation liegen kann, sondern die Kollegen immer mehr der Verelendung preisgibt.“ Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde auch die Frage aufgeworfen, warum man nur dem Arbeiter sein Ferienlohn kürzen wolle und nicht auch die Angestellten und Beamten mit ihren ungleich höheren Ferien das gleiche Bemessen stelle. Insbesondere für die Herren Schriftsetzer wäre dies eine heilige Sache.

Hamburg-Altona. In unserer Versammlung am 25. Mai wurde zunächst vom Vorsitzenden Runghler das Andenken eines verstorbenen Kollegen gelehrt und dann die Erwerbslosenzahl (1453) bekannt gegeben. Dann nahm er sich eine iname Notiz in der „Hamburger Volkszeitung“ vor, in der der Gauleitung eine Denunziation des Buchdruckers Gleichmann bei der Polizeibehörde untergehoben wurde. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung erklärte Kollege Rungler, mit einer solchen Gemeinheit könne man sich nicht auseinandersetzen; man könne sie nur niedriger hängen. Nachdem einige interne betriebliche Angelegenheiten erledigt waren, referierte Kollege Runghler über „Die tarifliche Lage“. In längeren Ausführungen ging er auf die in freier Vereinbarung getroffenen Änderungen des Manteltarifs ein. Er unterzog alle veränderten, auch verschlechterten Positionen des Tarifs einer eingehenden Besprechung, wies auf die Verbesserungen gegenüber dem Spruch des Zentralschiedsgerichts vom 16. April hin und erludte zum Schluss, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. In der Aussprache, an der sich jedes Redner beteiligte, kam der Unwille über die der Buchdruckerbetterchaft erneut zugemuteten weiteren Opfer sehr stark zum Ausdruck. Nachdem Kollege Runghler im Schlusswort sich mit den Ausführungen der Diskussionsredner auseinandergesetzt und die beiden Vertreter der eingereichten Resolutionen ihren Standpunkt vertreten hatten, wurde eine von der Opposition eingereichte Entschließung, die zum Kampf aufforderte und betriebsweises Vorgehen forderte, mit 248 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde folgende Entschließung, die die Stimmung der Hamburger Buchdrucker wiedergibt, einstimmig angenommen: „Die am 25. Mai 1932 im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelten Mitglieder des Gaues Hamburg-Altona im Verband der Deutschen Buchdrucker lehnen die am 14. Mai d. J. in freier Vereinbarung abgeschlossenen Bestimmungen über den Manteltarif entschieden ab. Die Versammlung erachtet in den neuen Bestimmungen des Manteltarifs nur eine Verminderung des am 16. April 1932 gefällten Schiedsgerichts des Zentralschiedsgerichts. Besonders wird gegen die endgültige Annahme durch die Gauvorsteherkonferenz Protest erhoben. Aber so weitgehende einschneidende Verschlechterungen im Manteltarif hätte die Gesamtkollegenchaft durch Abstimmung entscheiden müssen.“ Nach Beantwortung von Anfragen der Kollegen W. Ruhnau und J. Peters (betreffend Ferienzeit) durch Runghler dahingehend, daß jedes Verbandsmitglied die ihm zustehenden Ferientage im Interesse der erwerbslosen Kollegen unbedingt zu machen habe, erhielt noch Gauleiter Lohse vom Hilfsarbeiterverband das Wort. Er schilderte die Verhandlungen seines Verbandes mit den Buchdruckern, die noch nicht abgeschlossen seien, da ein Lohnabbau bis zu 12% Proz. gefordert sei, dem sich aber Verbandsvorstand, Beirat und Gauleiterkonferenz widersetzen. Zum Schluss seiner mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen erludte Lohse die versammelten Buchdrucker, unbedingt Solidarität zu üben und die Hilfsarbeiter in einem etwaigen Kampf zu unterstützen. In der Zustimmung der Versammlung dokumentierte sich die Gewißheit, daß die Hamburger Buchdrucker ihre Pflicht tun werden.

Heilbronn. Eine außerordentliche Versammlung beschäftigte sich mit der neu geschaffenen Lage nach Abschluß des Manteltarifs. Vorsitzender Otto Frenrich sowie die an der Aussprache beteiligten Kollegen bewerteten den in freier Vereinbarung getätigten Abschluß. Es wurde allseitig verurteilt, daß ein Tarif die Zustimmung der Gehilfenvertreter gefunden hat, der in fast allen Teilen nur Vorteile für die Unternehmer bringt. Auf dieser Bahn weiterzuführen ist der Unternehmer im Buchdruckgewerbe betrachten diesen ihren Erfolg nach der „Zeitschrift“ als Abschlagszahlung würde die größte Gefahr für die Gehilfenchaft und den Verband bedeuten. Folgende, einstimmig angenommene Entschließung brachte den Unwillen der Kollegen zum Ausdruck: „Die Versammlung der Heilbronner Buchdrucker erhebt Protest gegen die Vereinbarungen den Manteltarif betreffend. Diese unterscheiden sich in keiner Form von dem als ungerechte und einseitige Entschädigung bezeichneten Schiedsgericht. Die Heilbronner Kollegen fordern von den Verbandsinstanzen, daß diese Vereinbarungen zur Abstimmung gestellt werden.“

Kassel. Ihre außerordentliche Versammlung am 12. Mai nahm Stellung zum Ergebnis der Tarifverhandlungen. Vorsitzender Ederlin wies in seinen Eingangsworten auf die Notwendigkeit hin, eindeutig aber sachlich zu dem vorliegenden Ergebnis Stellung zu nehmen. In der nun einsetzenden Diskussion sprachen sich die Kollegen Koch, Kober, Schmidt, Stürkath und Christmann mit aller Deutlichkeit gegen die eminenten Verschlechterungen unseres neuen Tarifs aus. Bei aller Anerkennung der den Verhandlungen zugrunde liegenden Schwierigkeiten und der Verantwortung unserer Unterhändler ging die Auffassung aller Redner dahin, daß unsere Vertreter entgegen dem

Kampfwillen der Kollegenchaft die Grenzen der Nachgiebigkeit gegenüber einer derartig brutalen Unternehmerrückgrat bei weitem überschritten haben. Kollege B. Barthelma wies an Hand der Krisenentwicklung nach, daß ein Kampf nur ausgemindert, aber nicht entgangen werden könne. Wenn der Verelendung der Arbeiterchaft im allgemeinen und der Buchdrucker im besonderen Einhalt geboten werden soll, dann gibt es nur eins — den Kampf bis zur Entscheidung. Auch brachte er als Vertreter der Erwerbslosen deren Treue zur Organisation und ihre unbedingte Solidarität im Falle eines Generalstreiks in bewegten Worten zum Ausdruck. Hatte sich der Kollege Stürkath für eine örtliche Aktion eingesetzt, so fand er bei den Kollegen Barthelma und Ederlin wenig Gegenliebe. Bester resümierte das von den Rednern Gesagte und stellte in sachlicher und doch sehr deutlicher Weise die unbedingte Notwendigkeit heraus, daß mit dem Ausweichen eines Kampfes endgültig Schluß gemacht werden müsse und daß diesem Ausbaubau der Unternehmerrückgrat nur der Generalstreik entgegenzusetzen sei. Die von ihm vertretene Entschädigung wurde selbst von dem Kollegen Kurlaich, welcher als einziger entschuldigende Worte für die Handlungen unserer Vertreter fand, aufgehehen. Die Entschädigung hat folgenden Wortlaut: „Die Mitglieder des Bezirksvereins Kassel im B. d. D. B. protestieren mit allem Nachdruck gegen die der Gehilfenchaft auferlegten Verschlechterungen, welche im neuen Tarif verankert wurden. Die Kollegenchaft ist der Auffassung, daß das abermalige und permanente Nachgeben gegenüber den Forderungen der Unternehmer geradezu katastrophale Auswirkungen auf den Verband und damit auf die Gesamtarbeiterchaft haben kann. Das Verhalten unserer Vertreter ist daher vollkommen unentscheidend und hat mit den alten Gepflogenheiten unserer Organisation absolut nichts mehr zu tun. Eine Organisation, die 93 Proz. aller Berufsangehörigen zu ihren Mitgliedern zählt und deren erwerbslose Mitglieder, trotz aller Not und Verzweiflung, mit einer bewundernswerten Disziplin und Opferbereitschaft die Interessen ihrer Gewerkschaft zu achten wissen, hat keine Veranlassung, vor dem Kampf zurückzugeben. Mehr denn je ist es nötig, daß sich unsere Führer wieder an der Kritik der Mitglieder orientieren; ein Unterbinden dieser Kritik bedeutet zugleich die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung und damit den Zerfall unserer Organisation. Die Mitgliederchaft fordert mit aller Entschiedenheit die Rückkehr zu den alterproben gewerkschaftlichen Kampfmethoden, und zwar ohne Rücksicht auf die Wünsche und auf das Verhalten der politischen Arbeiterorganisationen. Der Kampf um die Erhaltung des Reallohns und darüber hinaus der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen muß wieder in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit gestellt werden. Nur unter dieser Voraussetzung kann wieder das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Funktionären und Mitgliedern hergestellt werden. Aus diesen Gründen verlangen wir vom Verbandsvorstand, daß in Zukunft die Förderung der Mitgliederchaft unter allen Umständen beachtet und die Interessen der Organisation gewahrt werden.“ Diese Entschädigung wurde einstimmig angenommen und außerdem verlangt, sie nicht nur an den Verbandsvorstand, sondern auch an alle Gaus- und Ortsvereine zu senden. Kollege Ederlin wurde zum Schluss von der Kollegenchaft beauftragt, auf der Bezirksvorsteherkonferenz mit aller Deutlichkeit die Stimmung der Kasseler Mitglieder wiederzugeben.

i. E. Rdn. Ihre Bezirksversammlung am 21. Mai gedachte zuerst ehrend dreier verstorbenen Kollegen. Nachdem dann Vorsitzender Janzen einige gesellschaftliche Mitteilungen unterbreitet hatte, lag es Kollegen Köhler ob, die Kollegen von dem letzten Kampf um den Manteltarif zu unterrichten und die Geburtswehen und alles Für und Wider zu beleuchten. Daß das bestimmte keine angenehme Aufgabe ist, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Und daß es den Gehilfenvertretern auch nicht leicht fällt, einen verschlechterten Manteltarif zu vertreten, wird ihnen jeder glauben. So gab er denn ein Bild von den letzten Verhandlungen und stellte Recht- und Sackentheiten bei gegenseitiger Ablehnung gegenüber. In Hand von Verlesungen konnte er nachweisen, daß die Annahme des neuen Manteltarifs, der nach Lage der Verhältnisse nicht ganz ohne Verschlechterungen zustande kommen konnte, das kleinere Übel ist. Nachdem nun das neue Abkommen Geseh geworden ist, ist es falsch, faktisch den Kopf in den Sand zu stecken und alle gewerkschaftlichen Geschehnisse gleichgültig an sich vorbeiziehen zu lassen. Wirtschaftspolitik wird von Menschen gemacht. Und Menschen sind an diesen trostlosen Zuständen schuld. Es darf trotz aller Nachsichtslagen der Glaube an ein Besseres nicht verloren gehen. Damit hilft man, wie auch richtig gesagt wurde, nur unsern Unterhändlern. Darüber muß man sich klar sein, insbesondere unter notorischen Versammlungsgewängern. Die Aussprache, die verständlicherweise nicht mit Sympathie dem Abkommen gegenüberstand, endigte mit der einstimmigen Annahme folgender Entschädigung: „Die am 21. Mai in Rdn. versammelten Buchdrucker nehmen mit starker Entrüstung Kenntnis von den Änderungen des Manteltarifs, die durch Vereinbarung Rechtsgültigkeit erlangt haben. Die Kölner Buchdrucker protestieren mit aller Entschiedenheit insbesondere gegen die durch den neuen Manteltarif vorgehene Kürzung der Urlaubszahlung auf 75 Proz., die einen Sohn auf die wirkliche Bestimmung der Ferien als Erholungsurlaub darstellt. Ungedulig der Tatsache, daß der Arbeiterchaft heute geradezu ungeheuerliche Opfer auferlegt werden und eine Errungenchaft nach der andern verloren geht, richten die Kölner Buchdrucker in dieser ersten Stunde an den Verbandsvorstand den dringenden Appell, mit allen Mitteln etwa weiter beabsichtigte Verschlechterungen abzuwehren und darüber hinaus durch Zusammenarbeit mit dem DGB, sich ernsthaft um die Schaffung eines starken Arbeiterlohn gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau zu bemühen, der auch einzeln und allein den höchsten Schutzwall gegen den immer mehr vordringenden Kapitalismus darstellt. Die Kollegen sind am Ende ihres Opferbringens für den Kapitalismus angelangt und fordern vom Verbandsvorstand schnelles Handeln. Sie geloben hierdurch, zu jeder Zeit und mit allen Mitteln für die Erringung menschenwürdiger Lebensbedingungen sich einzusetzen und zu kämpfen.“ Unser Johannisfest wird in geistigstrenghem Rahmen abgehalten

werden. Die dadurch ersparten Gelder sollen unfern arbeitslosen Kollegen zugute kommen. Das es noch Kollegen gibt, die in unwürdiger Weise in dieser außerordentlichen Zeit überleben möchten, ohne zu bedenken, wie das auf die Gemüter der Arbeitenden wirkt, mußte leider am Schluß der Versammlung festgestellt werden.

Kiel. (Maaschinenher.) In der Versammlung des Bezirks Kiel des Maschinenhervereins für Schleswig-Holstein, am 22. Mai, erstattete Vorsitzender C. Ohlen einen Bericht über die Tarifverhandlungen. Gausvorsteher Brüter, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte, konnte den Bericht noch ergänzen. Eine sehr rege Aussprache schloß sich an, in der die Erregung der Kollegen über die Verschlechterungen des Manteltarifs zum Ausdruck kam. Zum Schluß der mehrkündigen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 22. Mai in Kiel tagende, fast vollständig besuchte Versammlung des Bezirks Kiel nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den wesentlichen Verschlechterungen des Manteltarifs. Sie erkennt die geleistete Arbeit unferer Vertreter zur Abwendung der Verschlechterungen an und spricht ihnen den Dank aus. Den Vertretern der Prinzipale aber ruft sie in den Worten: „Nicht so leichtfertig, was durch derartige Verschlechterungen die Arbeitskraft der Kollegen geschmälert und sie veranlaßt wird, ihre Leistungen den Gegenleistungen anzupassen. Namentlich erregt es Unwillen, daß keine der Verschlechterungen für die Arbeitenden im Interesse der Arbeitslosen liegt.“

Leipzig. (Handsetzer.) In der Veranstaltung am 24. Mai im großen Saal des „Volkshauses“ hatte einen doppelten Zweck. Zunächst sollten unter jüngsten Kollegen, die Neuausgelernten, in besonderer Weise als nummehrige Angehörige unserer Organisation begrüßt werden. Dann sollte unsern Mitglieðern und ihren Angehörigen sowie den Vertretern des Gausvorstandes und der Sparten der Bergwerksfilm „Kameradschaft“ gezeigt werden. Die Ortsgruppe Leipzig-Ost des Deutschen Arbeiter-Mandolinistenbundes, unter Leitung ihres bewährten Dirigenten Hermann Weizner, hatte es sich nicht nehmen lassen, diesen Abend durch eine sehr gute Auslese in ihren Vortragskünstlern zu verschönern. Nach einleitendem Vortrag von zwei Musikföhrern und Vorführung eines humoristischen Spielfilms begrüßte stellvertretender Vorsitzender Schied alle Erschienenen und richtete an die jungen Kollegen den Appell, an den Veranstaltungen der Sparte und des Verbandes regen Anteil zu nehmen. In der heutigen Zeit der Technisierung und Nationalisierung sei auch die Beteiligung an den von unsrer Vereinigung veranstalteten Fortbildungskursen eine Notwendigkeit. Trotz Weltwirtschaftskrise und deren verheerenden Folgen für die Arbeiterschaft ist es zur Ausnützung einer besseren Konjunktur gerade für die jungen Kollegen unerläßlich, technisch gerüstet zu sein. Den Höhepunkt des Abends erreichte die Vorführung des einstudierten Bergarbeiterfilms „Kameradschaft“ — ein Bekenntnis zur Solidarität der Arbeiterschaft! Bei der großen Bergwerkskatastrophe in Courrières auf französischem Boden, nahe der deutschen Grenze, will man aus kleinlichen nationalen Gründen die deutschen Bergarbeiter hindern, ihren verunglückten französischen Kameraden zu Hilfe zu eilen. Die Mächte der französischen Grenzbehörde ist eine vergebliche. Die heldenhaften Deutschen überrennen die Grenze und beteiligen sich ohne Zwang und unter den größten Gefahren an den Rettungsarbeiten in den tiefsten Bergwerkschächten. Das gleiche arbeitende und schichtige Motiv, das sich durch den ganzen Film zieht, ist: Kameradschaft — Hilfsbereitschaft von Mensch zu Mensch in Not und Tod, auch wenn trennende Grenzen bzw. politische Grenzen. Anschließend an diesen Film wurden weitere Darbietungen der Mandolinisten geboten, von denen „Wolfslänge“ und „Unsere Fahne ist rot!“ besonders starken Beifall fanden.

Magdeburg. Wie groß die Erregung unter den Kollegen über die abgeschlossenen Tarifverhandlungen ist, zeigte unsre gut besuchte Versammlung am 20. Mai, in der Gausvorsteher König (Halle) Bericht erstattete. In gut durchgeführtem Referat schilderte er eingehend den Verhandlungsgang. Er führte an, was alles von Unternehmerseite aufgetrieben wurde, um gegen unsern Tarifgebäude Sturm zu laufen. Jeder scharfe Beobachter der Wirtschaftslage hätte aber auch beobachten können, daß bei heutiger Zeit keine großen Verbesserungen herausgeholt werden konnten. Unfer Gehilfsenvertreter hätten durch die verschiedenen Synjdi des DAB, die zwar sehr wenig von unserm Tarif verstehen, dafür um so wortreicher waren, zu kämpfen gehabt. So mußte um jede Forderung erst schwer gerungen werden. Jede Maßnahme, die notwendig war, um Verschlechterungen abzuwehren, wurde von den Gehilfsenvertretern unternommen. In der Diskussion löste die Forderung des Lohns für die diesjährige Urlaubsperiode auf 75 Proz. des Volllohns berechtigete Empörung aus. Es wurde allgemein verurteilt, daß von den Gehilfsenvertretern eine solche, für die gesamte Buchdruckerchaft beschämende Vereinbarung getroffen wurde. Von allen Rednern wurde gefordert, diese Vereinbarung abzulehnen. Verurteilt wurde das Verhalten der hiesigen Parteipresse („Volksstimme“), die das Ferngeleut unter Vorbehalt ausgedrückt hat. Es wurde verlangt, daß die Parteipresse endlich aus dem Zeitungsverlegerverdienst austrete. Es sei für die Parteipresse unwürdig, wenn sie heute noch solchen reaktionären Vereinigungen angehöre. Von verschiedenen Kollegen wurden abermals die „hohen Gehälter“ unferer Angestellten angegriffen. In seinem Schlußwort ging der Referent auf alle Einzelheiten ein. Er erwartete von den Kollegen, daß sie unter Berücksichtigung der beispiellos schwierigen Situation der getroffenen Entscheidung, das erforderliche Verständnis entgegenbringen. Hierauf erstattete Gausleiter Töpel vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Bericht vom Stand der Verhandlungen über den Reichstarif. Er forderte die Gehilfsenschaft in den Druckereien auf, bei eventuellen Kündigungen oder Streiks sich mit den Hilfsarbeitern solidarisch zu erklären und jegliche Streitarbeit abzulehnen.

München. (Wirtschaftsbericht.) In den letzten Monaten fanden vier Versammlungen statt, die sich in der Hauptsache mit Tarifangelegenheiten befaßten. Am 12. Februar nahm eine außerordentliche Generalversammlung einen Vortrag des Kollegen Döfling zur Kündigung des Manteltarifs entgegen. Der Vortragende

gab eine ausführliche Zusammenfassung aller Verschlechterungsanträge der Prinzipale, die zum großen Teil aus schon in den Jahren 1927 und 1930 Gegenstand der Beratungen waren und inzwischen aus den Prinzipalentscheidungen bekannt geworden sind. In dieser Versammlung wurde eine Reihe von Anträgen zum Manteltarif gestellt, die einstimmig angenommen wurden. — Dann folgte am 25. April die ordentliche Generalversammlung, in der nach der üblichen Ehrung von sieben verstorbenen Kollegen und Erledigung von 45 Aufnahmegelegenheiten (meist Abtritte aus der Lehrlingsabteilung) Gausvorsteher Döfling wieder einen längeren Bericht über die Tarifverhandlungen gab. Aus dessen Ausführungen konnten die Versammelten entnehmen, wie hartnäckig auf beiden Seiten in den vielen Sitzungen gekämpft wurde, um die eigenen Anträge durchzusetzen und die gegnerischen abzuwehren, bis es dann zum Schiedspruch vom 18. April kam, der von den Gehilfsenvertretern abgelehnt wurde. Nach längerer Aussprache, in der einmütig zum Ausdruck kam, daß dieser Schiedspruch unannehmbar sei, wurde dann folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 25. April 1932 im „Kolleum“ versammelten Buchdruckergehilfen Münchens geben ihrer Entrüstung gegen die Zumutung, die durch Schiedspruch festgelegten Verschlechterungen des Manteltarifs hinzunehmen, dadurch Ausdruck, daß sie dem Verbandsvorstand ihren Willen kund tun, diesen Tarif abzulehnen und den Abwehrtreit aufzunehmen, selbst im Fall einer Verbindlichkeitsklärung. Sie erwarten deshalb, daß sich der Verbandsvorstand mit aller Macht und Entschiedenheit der Verbindlichkeitsklärung widersetzt. Die Kollegenchaft ist nicht weiter bereit, sich noch einmal unter das Joch des nur den Unternehmern Vorteile bietenden Schlichtungspruchs zu beugen, zieht es vielmehr vor, dann tariffrei um ihre Existenz zu kämpfen, statt durch Zwangsstarke willkürlicher Ausbeutung wehlos ausgeliefert zu sein.“ — Am 6. Mai fand dann die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung statt, da viele Punkte der Tagesordnung in der ersten Versammlung nicht erledigt werden konnten. Wiedermal mußte nach Erledigung von acht Aufnahmegelegenheiten mit einem Bericht über die Tarifverhandlungen, erstattet vom Kollegen Döfling, begonnen werden, um über die Vorwommisse auf tariflichem Gebiet seit der letzten Versammlung die Kollegenchaft unterrichten zu können. In der Aussprache, an der sich nur ein Kollege beteiligte, forderte dieser, daß eine eventuelle Notverordnung, die die Bierzigstundenwoche nur auf Kosten der Arbeiterschaft bringen würde, mit dem Streit beantwortet werden müsse. Hierauf wurden die organisatorischen Angelegenheiten erledigt. Den Bericht des Vorstandes über das Jahr 1931, der gedruckt vorlag, erläuterte Vorsitzender Söldner in einigen Punkten und verabschiedete am Schluß, daß von der Vorstandschaft verurteilt wurde, alles für die Kollegen und den Ortsverein Mühlische durchzuführen, was allerdings bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht immer leicht war. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher stets in Ordnung waren. Die von ihnen beantragte Entlastung der Vorstandschaft wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag Bengler, der für die Kollegen, die in Volkshausunterstützung stehen und mindestens 350 Beiträge geleistet haben, für die Dauer der Erwerbslosigkeit eine Monatsunterstützung von 2,50 M. wöchentlicher gewähren wollte, wurde nach längerer Aussprache, in der betont wurde, daß das bei den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen nicht möglich sei, vom Antragsteller zurückgezogen. Der Antrag soll aber von einer in der Versammlung gewählten Kommission, die aus neun Kollegen besteht, weiter behandelt werden. Dieser Kommission wurde auch die Festlegung des Ortsbeitrags, die Festlegung der Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung aus der Ortskasse und die Regelung der Entschädigung für den Ortsvorstand und der Sitzungsgelder überwiesen. Ein Antrag, der schon gelegentlich der feinerzeitigen Wahl eines Verwalters eingereicht wurde, mit dem Inhalt, daß der Verwaltersposten aufzugeben und zur Erledigung der reinen Schreibarbeiten, wie in den früheren Jahren, eine Hilfskraft einzustellen sei, entfiel nach dem Maschinenherzertarif, wurde vom Antragsteller schriftlich wieder zurückgezogen und war somit nicht mehr zu behandeln. Ein Antrag Lips, in Anbetracht der jetzigen, für die Gewerkschaften so ungeläuterten Situation von der statutarischen Urwahl abgesehen und den Vorstand ausnahmsweise für dieses Jahr weiter zu befähigen, zumal die beantragte Entlastung einstimmig erfolgte, fand mit übergroßer Mehrheit gegen höchstens 35 Stimmen der Opposition Annahme. Am Schluß wurde das Verhalten der Kollegen, die, etwa zwei Dutzend stark, vor Schluß der Versammlung demonstrativ den Saal verlassen hatten, entsprechend kritisiert und deren Verhalten als allen gewerkschaftlichen Grundsätzen unwürdig bezeichnet. Die bisher geübte Toleranz solchem gewerkschaftsgefährdenden Treiben gegenüber soll, nach dem Wunsch der Redner, in Zukunft nicht mehr Platz greifen. — Die Versammlung am 23. Mai hatte als den einzigen Tagesordnungspunkt: „Bericht über die Tarifverhandlungen und Stellungnahme hierzu“. Referent war wieder Kollege Döfling. In längeren Ausführungen ging er auf die einzelnen Abschnitte der Beratungen und die dabei getätigte Stellungnahme der Gehilfsenvertreter ein und erläuterte an Hand der getroffenen Vereinbarungen die Auswirkung der in den einzelnen Paragrafen eintretenden Änderungen. In der Aussprache, an der sich sechs Redner beteiligten, kam zum Ausdruck, daß mit diesen Änderungen das Eintommen der Kollegen wiederum empfindlich geschmälert worden sei und daß es nicht mehr länger so weitergehen könnte, wenn die Gehilfsenschaft nicht einmal aufhören und zu andern gewerkschaftlichen Mitteln greifen werden soll.

München. (Maaschinenher.) Am 21. und 22. Mai fand hier die Tagung unferer Gauvereinigungen statt. Bei der Eröffnung am Sonnabendnachmittag konnte Vorsitzender Döfler außer den Delegierten der Bezirksvereine auch eine Anzahl Gäste begrüßen. So war der Gausvorstand vertreten durch die Kollegen Döfling, Ebert und Schindler, der Ortsvereinsvorstand durch die Kollegen Söldner und Hoffmann, die Sparten durch die Kollegen Zellner, Rumpel und Sawweger. Auch die Gesamtschiffenfabriken hatten Vertreter entsandt. Eine Reihe Münchener Kollegen zeigte ebenfalls Interesse an der Tagung durch

ihren Besuch. Nach Erledigung einiger organisatorischer Angelegenheiten und freundlichen Begrüßungsworten des Gausvorstehers Döfling erstattete Kollege Döfler einen ausführlichen Bericht über die Bayerische Maschinenhervereinigung seit der letzten Gaugangung 1929 in Würzburg, aus dem hier nur einiges kurz erwähnt sei. Im Januar 1931 übernahm Kollege Kößler neben dem Vorsitz des Bezirksvereins München auch die Leitung der Gauvereinigung, nachdem sein Vorgänger, Kollege Strobel, das Amt aus beruflichen Gründen niedergelegt hatte. Letzterem sprach Kößler den Dank aus für die Verdienste, die er sich um die Bayerische Maschinenhervereinigung erworben hat. Der Vortragende gab dann ein Bild vom Vereinsleben und konnte konstatieren, daß die Zusammenarbeit mit den Bezirksvereinen eine sehr gute war. Zum Schluß gab er dem Gedanken Ausdruck, daß wir die Zeit erlassen müssen, wie sie nur einmal ist. Nicht mit Schimpfen und Kritizieren sei diese Krise zu überwinden, sondern im Hinblick auf das, was uns noch bevorsteht, laßt und bereits angeeignet ist, müßten wir uns erst recht fest zusammenschließen, denn nur die Einigkeit, die uns groß gemacht hat, kann uns auch weiterhin aufrecht erhalten und die Schwere der Zeit überwinden helfen. In der Aussprache triftete im besondern Kollege Lips das Problem der Bierzigstundenwoche und stellte fest, daß dieser vor noch gar nicht so langer Zeit nur immer in Verbindung mit einem Lohnausgleich das Wort geredet wurde. Nun hört man von letzterem nichts mehr und nach all dem Lohnabbau scheint auch die Bierzigstundenwoche ganz auf Kosten der Arbeiterschaft gehen zu sollen. Am dem Arbeitslosenproblem zu begegnen, müsse eine Kürzung der Arbeitszeit unbedingt kommen, aber eine weitere Senkung des Einkommensniveaus verträge weder die Arbeiterschaft noch die Wirtschaft. Kollege Kößler erstattete hierauf den Kassenbericht. Es wurde ihm unter Dank einstimmige Entlastung erteilt. Alsdann folgten die Berichte aus den Bezirksvereinen. Mit Ausnahme vom Bezirksverein Würzburg, dessen Vorsitzender, Kollege Kersch, er freilichweise von gesundem Verhältnissen berichten konnte, war dies in den anderen Bezirken weniger der Fall, und einige berichteten über trostlose Zustände, was Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betraf. Trotz der ungünstigen geographischen Lage mancher Bezirksvereine bzw. der dazu gehörigen kleinen Druckorte ist der Zusammenhalt, von einigen Kassenleitern und Eigenbröttern abgesehen, in der Spartenvereinigung ein guter. Kollege Sobczak erstattete für die Technischen Kommission einen Bericht. Er betonte darin auch, daß einem in der heutigen Zeit bei den steten Abbau- und Tarifverschlechterungsbekämpfungen der Unternehmer wahrlich die Luft zur Weiterbildung verwehrt könnte. Eine scharfe Beurteilung fanden im weiteren Verlauf der Tagung die Maschinenhervereine, hier namentlich auch diejenige an der Münchener Fach- bzw. Meisterchule. Waren diese Schulen in Zeiten von Maschinenhermangel als Notbehelf noch zu verstehen, so sind sie heute bei der hohen Arbeitslosigkeit der Maschinenher längst überflüssig geworden, wenigstens zu Neuausbildungszwecken. In Verwendung zur Fortbildung für in der Praxis fehlende Maschinenher könnten diese Schulen wahrlich Wertvolleres leisten. Die heute an den Schulen ausgebildeten liegen anschießend an die Lehrtätigkeit doch nur auf dem Arbeitsnachweis, denn welcher Prinzipal nimmt denn heute noch einen Anfänger, wenn er genug Maschinenher mit Praxis haben kann. Man kann den Kollegen, die die Pflicht haben, eine solche Schule zu besuchen, nur raten: Spart euch vorläufig Geld und Mäßen! Nach Erledigung dieser Tagesordnungspunkte wurde die Versammlung geschlossen und der Rest des Abends in gemühtlichem Beisammensein harmonisch verbracht. Spartenkollegen stellten ihre musikalischen Können zur Verfügung und auch für Gesang und Humor war gesorgt. Am Sonntagmorgen wurde die Tagung fortgesetzt, und zwar zu Beginn mit einem Referat des Kollegen Ebert über: „Fragen der Zeit für Sparten und Verband“. Der Referent zeichnete in nüchternen Sachlichkeit ein großes, aber alles andere als schönes Bild der heutigen welt- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Lage. Solange eine vernünftige Verständigung unter den Nationen nicht Platz greife, sei auch eine Wendung zum Besseren nicht möglich. Der Kampf gegen den Marxismus, welsch letzterer von den Nationalisten und Nationalsozialisten dem Volk als das an allem Übel schuldige Schreckgespenst hingestellt wird, sei nichts anderes als der Kampf gegen die Gewerkschaften, dem Volkswort der Arbeiterschaft gegen die Unternehmerwillkür. Dabei gehe dieser Kampf heute nicht nur um den Lohn, sondern um alles, was unter Sozialismus zu verstehen ist, und vor allem auch um das politische Mitbestimmungsrecht. Wenn man die Mäßen des Unternehmertums verstehen wolle, brauche man nur an die vielen Tarifverschlechterungen in den letzten Wochen zu erinnern, die unter Wegfall der Schlichter und Ausnützung der schlechtesten Konjunktur zustande kamen. Hier zeige sich, daß das Schlichtungsverfahren in gewisser Hinsicht auf seine Berechtigung hat. Kollege Ebert ging dann auf die letzten Tarifverhandlungen in unserm Gewerbe ein und legte auch die Gründe dar, warum der Verbandsvorstand und die Gausvorsteher letzten Endes doch eine Vereinbarung auf der erfolgten Basis einem Kampf in Permanenz vorzögen. Er erwähnte die Versammelten, bei Kritik über den Tarifabschluß sich nicht nur von Berärgerung felsen zu lassen, sondern ebenfalls bei Erörterung der Angelegenheit alles für und Wider gründlich ins Auge zu fassen und abzuwägen. Die Kollegen dankten dem Referenten für seine tiefgründigen Ausführungen mit Beifall. Anschließend erfolgte eine lebhaftige Aussprache über den Tarifabschluß, deren Ausklang die Annahme einer Resolution bildete, in der es verurteilt wird, daß der Schiedspruch mit geringfügigen Verbesserungen in freier Vereinbarung zum tariflichen Gesetz erhoben wurde. Die Kürzung der Sonntags- und Nachtschläge sei kurzfristig und aus Rechtlichkeits- und Billigkeitsgründen zu verwerfen und einer baldigen Revision zu unterziehen. Unter der Kollegenchaft, und ganz besonders bei den Maschinenheren, habe eine gewaltige Erörterung Platz gegriffen. Weiter kommt in der Resolution zum Ausdruck, daß nur die Erwägung, daß Einzelaktionen zur Zeit wacklos sind und die Geschlossenheit des Verbandes unter allen Umständen gewahrt bleiben muß, die Gauvereinigungstagung dazu zwingt, der ab-

geschlossenen Vereinbarung, wenn auch mit Widerwillen, zuzustimmen, jeder weiteren Verschärfung aber ganz entschieden entgegenzutreten. Eine Diskussion über Verschärfungen der tariflichen Bestimmungen der Maschinenlehre, wie sie aus den Protokollentwürfen zum neuen Tarif zu erwarten sind, könne niemals in Frage kommen. Nun kamen die gestellten Anträge zur Behandlung. Diese waren teils organisatorischer, teils tariflicher Natur und von den Bezirksvereinen zu durchgearbeitet und begründet, doch sich eine lange Erörterung erlaubte. Längere Zeit beanspruchte die Beratung über die Neufassung des Gewererechtsstatuts. In diesem wurde als neu vor allem festgelegt, daß die Vorstandschaft der Bayerischen Maschinenlehrevereinigung in Zukunft unabhängig vom Vorstand des Gaudortorts ist und jeweils von der Gewererechtsversammlung gewählt wird. Aus der anschließenden Vorstandswahl gingen u. a. die Kollegen Hermann Köhler als Vorsitzender und Robert Fischer als Kassierer einstimmig hervor. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden an die Fabrikdirektoren einige Bemängelungen und Anfragen gerichtet und noch Aufforderungen über tarifliche und sonstige Anträge vom Vorstände und von den Kollegen Döhling und Ebert gegeben. In seinem Schlusswort dankte der Vorsitzende allen Anwesenden für die rege Mitarbeit, im besonderen auch Kollegen Lange (Münchberg) für die gute Gefühlsführung am zweiten Verammlungstag. An die Delegierten richtete er noch aufmunternde Worte, in ihren Bezirken für rege Agitation Sorge zu tragen, denn fester Zusammenschluß in Verband und Sparte sei heute notwendig denn je. Mit einem Hoch auf die Einheit und Geschlossenheit in der Organisation fand die Tagung gegen 4 Uhr nachmittags ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswertes Beispiel. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der „Sonnenberger Zeitung“ in Sonneberg (Thür.) wurde gelegentlich einer Morgenfeier dem Gesamtpersonal ein nennenswertes Geschenk überreicht. Abends fand eine Festtafel statt. Unter dem Personal befinden sich acht Kollegen, die 32 bis 48 Jahre im Betrieb tätig sind.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer zu Wiesbaden legten die Gelehrten Paul Gerber (Dillenburg) und Herbert Thomä (Herborn) die Meisterprüfung ab.

Wohndarlehne für Buchdrucker in Plauen und Würzen (Sa.). Am Sonntag, dem 12. Juni, finden, wie zusammenfassend bereits in Nr. 44 mitgeteilt, zwei weitere Werksbezirks-Wohndarlehne des Kreises Leipzig im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker statt. In Plauen werden sprechen Studiendirektor Köhlig (Leipzig) über „Chemigraphie, Offsetdruck, Tiefdruck“, Gewerbelehrer Genth (Plauen) über „Technik und Berufsbildung“, Heinrich Grote (Leipzig) über „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Ausführliches Programm durch Oswin Genth in Plauen, Karolstadt, 84. — In Würzen werden sprechen: Dr. Erich Jeigner (Leipzig) über „Männer und Frauen lernen reden“, Gewerbelehrer Kupfer (Leipzig) über „Technik im graphischen Gewerbe“, Waldemar Meißner (Leipzig) über „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Ausführliches Programm durch Waldemar Meißner, Leipzig O 29, Breitingstraße 34.

Austausch von Johannisfestdrucksachen. Obwohl die gegenwärtige Zeit zu Veranstaltungen von Festlichkeiten wenig geeignet ist, werden doch eine Anzahl unserer Werksbezirksvereine an den üblichen Johannisfesten festhalten und besondere Festdrucksachen herstellen lassen. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat es nun wieder übernommen, die aus diesem Anlaß hergestellten Drucksachen zu sammeln und sie durch Austausch der Gesamtcollegenchaft nutzbar zu machen. Um diesen Austausch so anregend wie möglich zu gestalten, werden alle veranstaltenden Vereine gebeten, bei der Drucklegung ihrer Festdrucksachen 100 Stück mehr drucken zu lassen und sie dem Vorstand des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5, bis zum 15. August 1932 einzusenden. Der Austausch wird an die einschickenden Vereine für 2 M. und für alle andern Bezirke für 3 M., einschließlich Porto, abgegeben.

Ausstellung von Kursergebnissen im Berliner Buchgewerbe. Trotz der Notzeit veranstaltete die Ortsgruppe Berlin im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker auch im vergangene Winterhalbjahr die üblichen Stadtfeste. Die Beteiligung bewies, daß trotz der mangel-

den Anerkennung der Leistungen der Gehilfenschaft durch die Buchdruckunternehmer die Kollegen gewillt sind, ihre beruflichen Kenntnisse ständig zu erweitern. In 16 Fachkursen wurden gelehrt: Entwurf und Gestaltung von Drucklagen, Schriftschreiben, Photographie, Satz- und Drucktechnik, Rechtschreiben, fremde Sprachen, Redebildungen, Druckabrechnung, Betriebswissenschaft usw. Ein Teil der Ergebnisse der Schriftschreib- sowie der Entwurfs- und Gestaltungskurse ist in den Monaten Juni und Juli im Buchgewerbeaal des Berliner Verbandshauses, Dreilindstraße 5, ausgestellt. Die recht sehenswerten Arbeiten zeigen gute handwerkliche und gestalterische Eigenschaften, großen Formenreichtum und aus der Berufserfahrung geschöpfte Sachlichkeit. Kaufbau und Ausführung der Abrechnungen lassen eine systematische und methodische Aufgabenstellung erkennen und weisen auf eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Kursleitern und Teilnehmern hin. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt geöffnet: Wochentags von 9 bis 13 Uhr (Sonntags von 9 bis 14 Uhr) und an den Sonntagen, 12. Juni, 26. Juni und 10. Juli, von 11 bis 13 Uhr. Wir weisen besonders auf die Besichtigungszeit am nächsten Sonntag hin und empfehlen den Besuch der Ausstellung.

Gefahr der Tariflosigkeit. Von der mehr und mehr um sich greifenden Tariflosigkeit bleibt leider auch die graphische Industrie nicht verschont. In dem im Buchdruckgewerbe bestehenden Konflikt wegen der Weigerung des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf Abschluß eines Reichsttarifs der graphischen Hilfsarbeiter sind in einigen mittleren Betrieben an verschiedenen Orten Kündigungen erfolgt. Im Lithographie- und Steinrudergewerbe ist, wie die „Graphische Presse“ mitteilt, der Streik um den Abschluß neuer Tarife für die verschiedenen Spezialgruppen insofern in eine neue Schlichte geraten, als der Chemigraphen-Mantelstreik inzwischen abgelaufen ist, weil eine weitere Bindung zwischen den Tarifparteien nicht vereinbart wurde. Obgleich der Lohnstreik nicht noch in Geltung. Ähnlich ist die Sachlage im Lithographie- und Steinrudergewerbe. Der in Geltung befindliche gewerliche Tarif hat am 31. Mai aufgehört rechtlich wirksam zu sein. Da bis jetzt eine neue Vereinbarung nicht zustande gekommen ist, hört auch hier jede tarifliche Gebundenheit auf. In zunehmendem Maße kann man in vielen Gewerben beobachten, daß die Unternehmer entweder die Parteiverhandlungen verschleppen oder sabotieren und verhindern.

Programmatistische Absichten des neuen Reichsttarifs v. Bapen. Unter der Überschrift „Hilfer toleriert die Barone!“ veröffentlichte der „Vorwärts“ sehr bemerkenswerte Programmsätze aus zwei Reden des jetzigen Reichsttarifs von Hilfers Gnaden, die auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus Interesse erregen. Es handelt sich um zwei Reden, die v. Bapen am 2. Oktober 1931 in Düren und am 8. April 1932, also kurz vor der zweiten Reichspräsidentenwahl, vor der Wählerchaft seines langjährigen Wohnortes Merfeld bei Düren gehalten hat. In Düren forderte v. Bapen innenpolitisch eine scharfe Schwärzung der Politik nach rechts. Die verheerete Diktatur der Regierung Brüning müsse sich der parlamentarischen Verfassung entziehen. Brüning müsse ein „nationales Konzentrationstabinett“ bilden, das losgelöst sei von jeder parlamentarischen Verantwortung und -haftung. Sozialpolitisch sei die Abschaffung aller Tarifverträge erforderlich, ferner ein neues Fürsorgewesen, das in das freie Benehmen des Unternehmers zu stellen sei, und schließlich die Abschaffung der Knappschaften. In Merfeld bei Düren forderte v. Bapen die Reorganisation und Reformation der deutschen Verfassung von Grund auf, Änderung des Parlamentarismus, eine erste Kammer, ähnlich dem alten Herrenhaus, das als Regulativ über das Parlament gestellt werden müsse, und außerdem eine Verwaltungs- und Reichsreform, die zur Beseitigung des Quasimus Preußen-Reich führe. Das aber sei nur möglich, wenn im Reich und Preußen die großen Regierungskonstellationen zu vergehen seien, und das wiederum sei nur erreichbar, wenn es gelinge, den Nationalsozialismus zu positiver Mitarbeit heranzuziehen und aus ihm herauszuholen, was an Gutem und Wertvollem in ihm stecke. Angehts dieser Mißwärtigkeit des leitenden Mannes der neuen „Präsidialregierung“ des Reiches, die nur durch die Unterliegung der Nazis lebensfähig bleiben wird, wäre zu wünschen, daß sich alle sozial- und wirtschaftspolitisch Urteilsfähigen in die Kampflinie der Arbeitermassen zur Niederringung des Faschismus einreihen — auch die Kommunisten.

Schwere Lohnkämpfe in der Holzindustrie. Der allgemein geplante abermalige Lohnraub ist von den württembergischen Holzindustriellen eingeleitet worden. In 16 Betrieben wurde durch Unschlag die Senkung der Löhne um 12 bis 15 Pf. pro Stunde angeordnet. Durch dieses Lohnblut sinken zum Teil schon die Stundenlöhne, durchweg aber die Wochenverdienste unter den nominalen Friedensstand. Gegenüber dem Schiedspruch des Schlichters für Süddeutschland, der einen Abbau von 5 Pf. vorgezogen hat, verlangen die Arbeitgeber eine weitere Kürzung um 7 Pf. Dabei sind die Verhandlungen über die friedliche Vereinigung der beiderseitigen Forderungen noch nicht beendet. Zu der beantragten Verbindlichklärung des Schiedspruchs stehen die Verhandlungen noch aus. In einer Reihe von Betrieben sind bereits Aussperrungen erfolgt, weil die Weiterarbeit zu den gekürzten Löhnen von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Einige größere Firmen haben inzwischen mit ihren Belegschaften die Hinausschiebung des Abzugstermins vereinbart, während andre sich mit ihren Belegschaften auf der Basis des Schiedspruchs verständigen.

Kleine politische Zeitnotizen. Durch Dekret des Reichspräsidenten ist der Reichstag aufgelöst worden. Als wahrscheinlicher Wahltermin wird der 17. Juli genannt. — Der bisherige Reichstagsleiter Brüning beabsichtigt, zu den Maßnahmen des neuen Reichstagsinstituts öffentlich Stellung zu nehmen und dessen kommende Notverordnung auf Grund der Pläne des früheren Kabinetts zu erläutern. — Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll nach Vorschlägen der Nationalsozialisten erst nach der Heftenwahl vorgenommen werden. — Bei den Wahlen in Mecklenburg am 5. Juni erhielten die Nationalsozialisten die knappe Mehrheit. — Wie verlautet, soll das SA.-Verbot durch eine Ergänzungsnotverordnung aufgehoben werden. Gleichzeitig soll mit größter Beschleunigung eine Neufassung sämtlicher bisher erlassener Reichsvorschriften und Polizeibestimmungen über die Sicherung von Ruhe und Ordnung vorgenommen werden.

Briefkasten

Fr. P. in Berlin: Es wäre völlig unklar, gegen die einstimmigen Ausnahmen (Satz 15 der „Zentralzeitung“ über den Inhalt der gewerkschaftlichen Mitbestimmung des „Jugendbuchdruckers“ erlaubt zu vollziehen. Die selbst vor leistungsfähigen Fällen nicht zurückstehende Leistung des Betriebskollegen hat natürlich keine bloße Abnung von den Bedingungen auf sich zu ziehen und zu bewirken. — O. W. in Frankfurt a. M.: Wundgemäß befördert. Höhere Anzeichen wären nicht nötig gewesen. Hoffentlich hätte genügt. — H. S. in P.: Gegenwärtig ist für absehbare Zeit besteht leider keine Aussicht, für solche recht philosophischen Grundsätzen und Definitionen das erforderliche Becken zu finden. Können daher Aufnahme nicht anfragen.

Zur Vermeidung von Straftat sei darauf hingewiesen, daß die Preise über 20 Cramm im Gewicht mit 25 Pf. zu frankieren sind.

Verbandsnachrichten

Leipzig. Der Maschinenlehre Karl Richter, geb. in Leipzig 1905, der Gelehrte Dr. G. Härtel, geb. in Wausitz 1887, der Bruder Dr. Fred. Scherzmann, geb. in Stöckheim 1880, der Stempelsteiner Albert Jacob, geb. in Leipzig 1890, werden hiermit angefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Vereinsbüro zu melden.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung
Kassel. Die Ausschüsse haben sich wie folgt geändert: wochentags 14½ bis 15 Uhr, Sonntags 12½ bis 13 Uhr.

Verammlungskalender

Niederösterreich. Drucker-Verammlung Freitag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Kofal“, „Weiße Taube“, Mollersdorf.
Dessau. Maschinenlehre-Verammlung des Bezirksverbandes Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, in Wöhlens Wälsche in Wöhlitz, Bellmer Straße.
Köln. Arbeiter-Verammlung am 11. Juni, abends 7½ Uhr, in der Brunnen-Veranstaltung, Hebelstraße 75.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 46 (8. Juni 1932)

Artikel: Zur politischen und wirtschaftlichen Lage. — Bilder nach Unkenntnis. — Neuer Lohnraub im Schriftsetzergewerbe. — Die Konfliktlage des Kongresses. — Korrespondenzen: Chemnitz, Oberfeld. — Freiburg i. Br. — Hamburg-Altona. — Gellhorn. — Kassel. — Köln. — Kiel (W. S.). — Leipzig (S.). — Magdeburg. — München. — Nürnberg. — Nachrichten aus dem Ausland. — Nachrichten aus dem Inland. — Austausch von Johannisfestdrucksachen. — Ausstellung von Kursergebnissen im Berliner Buchgewerbe. — Gefahr der Tariflosigkeit. — Programmatistische Absichten des neuen Reichsttarifs v. Bapen. — Schwere Lohnkämpfe in der Holzindustrie. — Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltete Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollektiver Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Berliner Korrektorenverein
Sonntag, den 12. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Canal 1, Eingangs 24/25:
Halbjahresversammlung
Zugewandert: 1. Beschlüsse. 2. Halbjahresbericht des Vorsitzenden und des Kassierers. 3. Beantwortung von Mitgliedsfragen durch den Redaktionsausschuss. 4. Verschiedenes.
Da in den Monaten Juni und August keine Versammlung stattfindet, bitten wir um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch.
Der Vorstand.

Lungenkrankte
an Malaria, Tuberkulose, chronischer Bronchitis Leidende erhalten rasche und sichere Hilfe durch die bewährten „Kohlentabletten“ Anticommunicationsmittel. Preis pro Glas mit 20 Tabl. 3 M. Nur in Apotheken. Bestimmung: Schäfer-Apothek, München. Rodt-Schäfer-Apothek, München. Berlin. Friedrichstr. 100. Altonaer Apotheke, H. Willenbacher, München 8.
Der reisende Kollege
Paul Duffe jun.
soll wegen Erkrankung seines Vaters sofort nach Hause kommen oder Nachhilfe geben. Die Diverseverein wollen ihn auf diese Anzeige aufmerksam machen. Seine Geschwister.

Schriften Einlassungen, Füllmaterial, Messinglinien, Schmalzeilen, Formeln u. dergleichen liefert Karl Engel, München 9, Kolymbusstraße 1.

Diplome, Fahnen Güttenbergblüten
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Rästen und Regale
Schäfte, Winkelregale, Stühle, Schiltschne Leier K. Siegl, München 9, Kolymbusstraße 1.

Für Maschinenlehre
Abnung der Matrizen. 55 Pf. Das Produkt der Schmalzeilen. 45 Pf.
Der Typograph. . . . 2,25 M.
Die Linotype. . . . 4,50 M.
Die Monotype. . . . 4,50 M.
25 Fragen und Antworten für Linotypemaschinenführer. 90 Pf.
Geschichte der Schmalzeilen. 2,70 M.
Verlag des Bildungsverbandes d. D. S., Ombf, Berlin SW 61.

Unter lieber Kollege, der Eheintwalde 1933
Otto Jippeling
aus Reudamm, ist im Alter von 38 Jahren nach langer, schwerer Krankheit verschieden. Seine sterbliche Hülle wurde im Stereomatium Postl einsegnet.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm
Ortverein Senftenberg (Lausf.).

Am 4. Juni verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege, der Eheintwalde
Georg Sommer
im 69. Lebensjahre.
Ein ehrendes Gedenken werden ihm stets bewahrt die Kollegen der Firma Hempel & Co., O. m. b. H., Berlin.

Am 2. Juni verschied nach längerem, schmerzhaftem Leben unser lieber Kollege, der Eheintwalde
Karl Scherr
im 65. Lebensjahre.
Wir verleren in dem Besten einen bis zu seinem Tod eifriges Mitglid, dessen Andenken wir in Ehren halten.
Besteuerverein Jena. Handferevereinigung.

Am 31. Mai verstarb in München unser lieber Mitglid, der Korrektorinvalde
Joseph Max Kippel
aus Rait a. L., im Alter von 59 Jahren.
Wie werden dem verstorbenen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren.
Bayerischer Korrektorenverein (Sitz München).
Dresdener Handferevereinigung.

Am 2. Juni verstarb nach längerem, schmerzhaftem Leben unser lieber Kollege, der Korrektorinvalde
Emil Weiser
aus Wittenberg, im Alter von 77 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm
Ortsverein Dessau.

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postcheckkonto Berlin NW Nr. 268 10